

Unternehmen und Arbeitsstätten

Insolvenzverfahren

Dezember 2005

Erscheinungsfolge: monatlich
Erschienen am 25. April 2006
Artikelnummer: 2020410051124

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:
Gruppe IV C, Telefon: +49 (0) 611/75 2570, -2978; Fax: +49 (0) 611/72 3963 oder E-Mail:
gewerbeanzeigen-insolvenzen@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Textteil

- 1 Qualitätsbericht Insolvenzstatistik
- 2 Erläuterungen zur Insolvenzstatistik
- 3 Insolvenzen 2005

Tabellenteil

- 1 **Zusammenfassende Übersichten**
 - 1.1 Entwicklung der Insolvenzen
 - 1.2 Personen, denen (bzw. für die) im Berichtszeitraum Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld (Insg) bewilligt wurde
 - 1.3 Wechselproteste und nicht eingelöste Schecks
 - 1.4 Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten von Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Ländern (Jahre 2004 und 2005)
- 2 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter und Zahl der Beschäftigten (Dezember 2005)
- 3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen (Dezember 2005)
- 4 Insolvenzen nach Ländern (Dezember 2005)
- 5 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter und Zahl der Beschäftigten (Jahr 2005)
- 6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen (Jahr 2005)
- 7 Insolvenzen nach Monaten (Jahr 2005)
- 8 Insolvenzen nach Ländern (Jahr 2005)
- 9 Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter nach Forderungsgrößenklassen (Jahr 2005)
- 10 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Alter, Antragstellern, Gründe der Eröffnung, Art der Verwaltung nach Rechtsformen (Jahr 2005)
- 11 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter nach Beschäftigtengrößenklassen (Jahr 2005)

Gebietsstand

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland seit dem 3.10.1990

Zeichenerklärung

—	=	nichts vorhanden
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Ergebnisse der Länder in tieferer regionaler bzw. sachlicher Gliederung werden in den "Statistischen Berichten" der Statistischen Landesämter unter der Kennziffer J I 1 veröffentlicht.

1 Qualitätsbericht	
Insolvenzstatistik	
1. Allgemeine Angaben zur Statistik	Weise das Verfahren zu Ende geführt und welches finanzielle Ergebnis erzielt wurde.
1.1 Bezeichnung der Statistik: Insolvenzstatistik	2.2 Zweck der Statistik: Aufgabe der Insolvenzstatistik ist es, über die Situation von überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldern, deren Fälle vor Gericht verhandelt werden, zu berichten und den volkswirtschaftlichen Schaden zu beschreiben. Darüber hinaus wird die Insolvenzstatistik dazu herangezogen, die Effizienz des Insolvenzrechts zu bewerten.
1.2 Berichtszeitraum: Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	
1.3 Erhebungstermin: laufend	
1.4 Periodizität: jährlich seit 1949; vierteljährlich seit 1962 und monatlich seit 1975	
1.5 Regionale Gliederung: Bund, Bundesländer, Tiefere Gliederung durch die Statistischen Landesämter (Regierungsbezirke, kreisfreie Städte, Landkreise).	2.3 Hauptnutzer der Statistik: Zu den Hauptnutzern der Insolvenzstatistik zählen Justiz-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialministerien des Bundes und der Länder sowie Banken, Verbände, Universitäten, Forschungsinstitute, Medien und Wirtschaftsauskunfteien.
1.6 Erhebungsgesamtheit, Zuordnungsprinzip der Erhebungseinheiten: Alle natürlichen und juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaften), über deren Insolvenzantrag ein Gericht entschieden hat sowie Nachlässe.	
1.7 Erhebungseinheiten: Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren sowie angenommene Schuldenbereinigungspläne.	2.4 Einbeziehung der Nutzer: Bei der Neugestaltung der Insolvenzstatistik im Jahr 1999 wurden die Justizminister des Bundes und der Länder einbezogen.
1.8 Rechtsgrundlagen, Verordnungen, Empfehlungen: § 39 des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ (BGBl I S. 2398 vom 15. Dezember 1999) ordnet ab dem Jahr 2000 die Durchführung einer Insolvenzstatistik in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322) an.	3 Erhebungsmethodik
1.9 Geheimhaltung und Datenschutz: Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 Bundesstatistikgesetz grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlichen Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden. Die Namen und Adressen der insolventen Schuldner werden in keinem Fall an Dritte weitergegeben. Nach § 16 Abs. 6 Bundesstatistikgesetz können für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung Einzelangaben zur Verfügung gestellt werden, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.	3.1 Art der Datengewinnung: Die Gerichte sind verpflichtet, jeden eröffneten oder mangels Masse abgewiesenen Insolvenzfall sowie Fälle, in denen ein sog. Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde, zu melden.
2 Zweck und Ziele der Statistik	3.2 Stichprobenverfahren: nicht relevant
2.1 Erhebungsinhalte: Die Insolvenzstatistik liefert monatliche Informationen über die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen, Verbrauchern, ehemals selbstständig Tätigen, anderen natürlichen Personen (wie z.B. persönlich haftende Gesellschafter größerer Unternehmen) und Nachlässen sowie über die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Bei der Insolvenz eines Unternehmens wird zusätzlich der Eröffnungsgrund, der Wirtschaftszweig, die Rechtsform, das Gründungsjahr, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer sowie die Anordnung von Eigenverwaltung erfragt. Darüber hinaus wird 2 Jahre nach dem Eröffnungsjahr bei allen eröffneten Insolvenzverfahren untersucht, in welcher	3.3 Hinweise aus Saisonbereinigungsverfahren: derzeit nicht relevant
	3.4 Erhebungsinstrumente und Berichtsweg: Die Meldungen der Gerichte gehen in Papierform oder elektronisch an die statistischen Landesämter.
	3.5 Belastung der Auskunftspflichtigen: Auskunftspflichtig sind die Insolvenzgerichte, wobei die benötigten Daten aus den Akten entnommen werden.
	3.6 Dokumentation des Fragebogens: Für die monatlichen Meldungen ist für Regelinsolvenzverfahren der Vordruck RA, für Verbraucherinsolvenzverfahren der Vordruck VA zu verwenden. Für die jährlich zu meldenden finanziellen Ergebnisse werden die Vordrucke RB (Regelinsolvenz) und VB (Verbraucherinsolvenz) benutzt. Die Entscheidung über die Gewährung der Restschuldbefreiung wird mit dem Formular X mitgeteilt.
	4 Genauigkeit
	4.1 Qualitative Gesamtwertung der Genauigkeit: Die Insolvenzstatistik ist eine Totalerhebung, die sichere Informationen über das gerichtliche Insolvenzgeschehen bereitstellt. Nicht berücksichtigt sind Fälle, in denen beispielsweise der Insolvenzantrag vom Gericht nicht angenommen oder von den Gläubigern selbst zurückgenommen wird.
	4.2 Stichprobenbedingte Fehler: nicht relevant.
	4.3 Nicht-stichprobenbedingte Fehler: Die Meldungen der Gerichte sind vor allem, was die Angaben zum Gründungsjahr, zu den Beschäftigten und zur Höhe der Forderungen anbelangt, teilweise unvollständig.
5 Aktualität und Pünktlichkeit	unter Fachserie 2, Reihe 4.1, Kennziffer 2020410 für 7,50 Euro bezogen werden.
Die Veröffentlichung der Bundesergebnisse erfolgt spätestens 10 Wochen nach Ende des Berichtsmonats in Form einer Fachserie. Die Angaben sind endgültig, eine nachträgliche Korrektur erfolgt nicht.	Weitere Informationen enthalten folgende Veröffentlichungen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland Wirtschaft und Statistik.
6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit	Bei Fragen und Anregungen zur Insolvenzstatistik wenden Sie sich bitte an: Statistisches Bundesamt Gruppe IV C „Struktur der Industrie, Handwerk Energie, Gewerbeanzeigen“ 65180 Wiesbaden Tel: 0611/75-2978 Fax: 0611/75-4000 E-Mail: juergen.angele@destatis.de
7 Bezüge zu anderen Erhebungen	Ihr Ansprechpartner ist Herr Angele.
Keine	
8 Weitere Informationsquellen	9 Klassifikationen
Die monatlichen Ergebnisse können kostenlos im Internet unter http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,sfgsuchergebnis.csp&action=newsearch&op_EVASNr=startwith&search_EVASNr=524 herunter geladen werden.	verwendete Klassifikationen: — Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 — Amtlicher Gemeindegliederungsschlüssel (AGS) — Rechtsformschlüssel, abgeleitet aus dem Schlüsselverzeichnis für das maschinelle Besteuerungsverfahren — Registergerichtsschlüssel
Die Jahresergebnisse können auch als gedruckte Veröffentlichung im Rahmen des „Print-on-Demand-Verfahrens“	

2 Erläuterungen zur Insolvenzstatistik

Seit 1. Januar 1999 gilt in Deutschland eine einheitliche Insolvenzordnung. Sie löste die bis dahin gültige Konkurs- und Vergleichsordnung im früheren Bundesgebiet und Berlin (West) sowie die Gesamtvollstreckungsordnung in den neuen Ländern und Berlin (Ost) ab. Mit Hilfe der Insolvenzordnung können alle Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von natürlichen und juristischen Personen geregelt werden. Ziele eines gerichtlichen Verfahrens sind die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder in einer abweichenden Regelung, die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. Sanierung des Unternehmens. Dem redlichen Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von seinen Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1. Dezember 2001 wurde das Insolvenzrecht erneut novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellose natürliche Personen die Verfahrenskosten gestundet bekommen. Diese Gesetzesänderung hat erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse.

1.1 Rechtsgrundlage

Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ wurde in § 39 ab dem Jahr 2000 die Durchführung einer Insolvenzstatistik angeordnet (BGBl I S. 2398 vom 15. Dezember 1999). Bis 1998 beruhte die Insolvenzstatistik auf Weisungen der Justizverwaltungen der Bundesländer, die in den „Mitteilungen für Zivilsachen“ (MiZi) zusammengefasst waren. Sie galt daher als so genannte „koordinierte Länderstatistik“.

1.2 Erhebungsmethode

Die Insolvenzgerichte sind verpflichtet, bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder dessen Abweisung mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse sowie bei Annahme eines Schuldenbereinigungsplans durch die Gläubiger die Statistischen Ämter der Länder darüber zu informieren. Im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens sind weitere Angaben erforderlich. Spätestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr sind die Statistischen Landesämter über die Art der Beendigung und das finanzielle Ergebnis des Verfahrens zu unterrichten. Die Übermittlung der Angaben von den Gerichten an die Statistischen Landesämter erfolgt auf Erhebungsvordrucken oder auf elektronischem Wege. Vom Statistischen Bundesamt werden die Länderergebnisse zum Bundesergebnis zusammengefasst.

Angaben über die Zahl der Bezieher von Insolvenzgeld (früher Konkursausfallgeld) stammen von der Bundesanstalt für Arbeit. Die Zahl der Scheck- und Wechselproteste wird von der Deutschen Bundesbank bereitgestellt.

1.3 Veröffentlichungen

Die Veröffentlichung der eröffneten oder mangels Masse abgewiesenen Insolvenzverfahren sowie der angenommenen Schuldenbereinigungspläne erfolgt monatlich in der Fachserie 2, Reihe 4.1. Darüber hinaus werden die finanziellen Ergebnisse der eröffneten Verfahren im zweiten Jahr nach dem Eröffnungsjahr jährlich in der Fachserie 2, Reihe 4.2 veröffentlicht. Ent-

sprechende Veröffentlichungen erfolgen jährlich auch in „Wirtschaft und Statistik“ und im Statistischen Jahrbuch.

1.4 Definitionen

Insolvenzverfahren: Zu unterscheiden ist zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren.

Regelinsolvenzverfahren: Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei Nachlassangelegenheiten sowie bei solchen natürlichen Personen die u. a. als Gesellschafter an einem größeren Unternehmen beteiligt sind sowie bei Personen die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. mehr als 19 Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Verbraucherinsolvenzverfahren: Diese Art des Verfahrens stellt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren dar, das für Verbraucher gilt und bis Dezember 2001 auch für Kleingewerbetreibende galt. Die am 1. Dezember 2001 in Kraft getretene Änderung der Insolvenzordnung bestimmt, dass von diesem Zeitpunkt an Kleingewerbetreibende nicht mehr ein vereinfachtes Verfahren, sondern ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen müssen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt ab Ende 2001 außer für Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Verhältnisse überschaubar sind (d.h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse), zur Anwendung.

Schuldenbereinigungsplan: Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Dieser gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen.

Eröffnetes Insolvenzverfahren: Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Mangels Masse abgewiesenes Verfahren: Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt ab 1. Dezember 2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Restschuldbefreiung: Ist der Schuldner eine natürliche Person, so können ihr nach sieben Jahren (ab 1. Dezember 2001 nach sechs Jahren) die restlichen Schulden erlassen werden, wenn der Schuldner in dieser Zeit seinen Gläubigern sein pfändbares Einkommen oder ähnliche Bezüge zur Verfügung gestellt hat.

Eigenverwaltung: Mit Zustimmung der Gläubiger oder auf Anordnung des Gerichts kann dem Schuldner anstelle eines Insolvenzverwalters die Aufgabe übertragen werden, das Vermögen unter Aufsicht eines Sachwalters zu verwalten und zu verwerten.

3 Insolvenzen 2005

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland insgesamt 136 554 Insolvenzen registriert, 15% mehr als 2004. Damit hat sich die Zahl der Insolvenzfälle seit 1999, dem Jahr der Einführung der neuen Insolvenzordnung, mehr als vervierfacht. Auch im Jahr 2005 war der Hauptgrund für die starke Zunahme der Gesamtzahl der Insolvenzen die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen, bei denen seit ihrer Einführung 1999 in jedem Jahr mindestens zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Im Jahr 2005 traten 68 898 Verbraucher den Gang zum Insolvenzgericht an, das waren 40% mehr als 2004 und rund zwanzigmal so viele wie 1999. Die Insolvenzen anderer natürlicher Personen – zu dieser Kategorie werden auch ehemals Selbstständige und Gesellschafter größerer Unternehmen gerechnet – stiegen 2005 um 2,5% auf 28 183 an. Die Zahlungsschwierigkeiten dieses Personenkreises stehen in ursächlichem Zusammenhang mit einer früheren bzw. aktuellen persönlichen Haftung in einem Unternehmen. Bei diesen Personen waren in den vergangenen Jahren noch höhere Zuwachsraten der Insolvenzen zu verzeichnen.

Nachdem bei den Unternehmensinsolvenzen schon 2004 eine leichte Entspannung festgestellt wurde, setzte sich dieser Trend 2005 fort. Die Zahl der insolvent gewordenen Unternehmen sank 2005 um 6% auf 36 843.

Die Gerichte bezifferten die voraussichtliche Gesamthöhe der offenen Forderungen auf beinahe 36 Mrd. Euro, wovon 23 Mrd. Euro den Unternehmen zuzurechnen waren. Damit ist trotz gestiegener Insolvenzzahlen die Gesamthöhe der Forderungen um rund 8% niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Dies ist die Folge des Rückgangs der Zahl der Zusammenbrüche größerer Unternehmen.

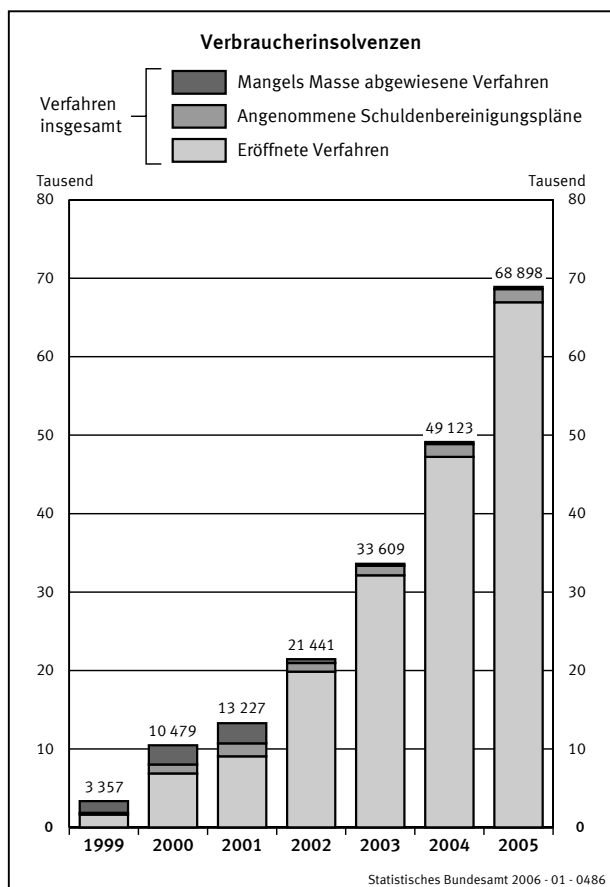
Vorbemerkung

Das seit 1999 gültige Insolvenzrecht unterscheidet zwischen dem Regelinsolvenzverfahren und dem Verbraucherinsolvenzverfahren. Während das Regelinsolvenzverfahren vor allem auf Unternehmen angewandt wird, gilt für Personen, die keine selbstständige Tätigkeit ausüben, das vereinfachte Verbraucherinsolvenzverfahren. Hat der Schuldner früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt und sind seine Vermögensverhältnisse überschaubar, findet ebenfalls das vereinfachte Insolvenzverfahren Anwendung. Überschaubare Vermögensverhältnisse bedeuten, dass der Schuldner weniger als 20 Gläubiger hat und auch keine Verpflichtungen gegenüber früheren Arbeitsverhältnissen bestehen. Ist dies nicht der Fall, wird ein Regelinsolvenzverfahren angewandt.

Ziel eines Insolvenzverfahrens ist es, die Gläubiger aus der Verwertung des Vermögens des Schuldners gleichmäßig zufrieden zu stellen oder mittels eines Insolvenzplans das Unternehmen zu erhalten. Natürlichen Personen wird zudem die Möglichkeit einer Restschuldbefreiung in Aussicht gestellt.

Die Insolvenzstatistik dient dazu, einen umfassenden Einblick in das Insolvenzgeschehen zu gewähren. Die Insolvenzgerichte übermitteln die dafür benötigten Daten an die zuständigen statistischen Ämter der Länder, wobei die Berichterstattung in drei Schritten erfolgt: Die erste Meldung der Gerichte wird fällig, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet oder der Insolvenzantrag abgewiesen wird, weil der Schuldner die Verfahrenskosten nicht aufbringen kann. Im Falle einer Verbraucherinsolvenz ist außerdem von den

Schaubild 1



Gerichten eine Meldung zu erstatten, wenn ohne Eröffnung eines vereinfachten Verfahrens eine gütliche Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner in Form eines so genannten Schuldenbereinigungsverfahrens erzielt wurde. Für alle eröffneten Regel- oder vereinfachten Verfahren sind die Gerichte gehalten, in einer zweiten Meldung, spätestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr, den Ausgang und das finanzielle Ergebnis des Verfahrens mitzuteilen. Für alle natürlichen Personen, die eine Restschuldbefreiung anstreben, ist nach normalerweise sechsjähriger Wohlverhaltensphase, in der der pfändbare Teil des Einkommens an die Gläubiger abzuführen ist, in einer dritten statistischen Meldung über die Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung zu berichten.

Während der erste Abschnitt der Datenlieferung von den Gerichten weitgehend problemlos bewältigt werden kann, ist die Ermittlung des finanziellen Ergebnisses schwieriger. Insbesondere bei großen Insolvenzen steht das finanzielle Ergebnis nach zwei Jahren noch nicht fest, sei es weil Forderungen strittig sind oder die erwarteten Erlöse aus dem Vermögen des Schuldners nur auf vagen Annahmen beruhen. Aufgrund dieser Probleme gibt es Bestrebungen, künftig diese Daten nicht mehr bei den Gerichten, sondern bei den Insolvenzverwaltern oder Treuhändern zu erfragen. Diese verfügen über umfassende Kenntnisse zum Stand des Verfahrens und können das finanzielle Ergebnis am besten einschätzen. Ferner wird daran gedacht, Informationen über den Fortbestand insolventer Unternehmen und über die

dabei erhaltenen Arbeitsplätze zu sammeln. Gerade diese Angaben geben Auskunft, ob die mit der neuen Insolvenzordnung verfolgten Ziele erreicht wurden.

Voraussetzung für einen privaten Schuldner, Restschuldbefreiung zu erlangen, ist die Eröffnung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens. Bis zur Änderung der Insolvenzordnung zum 30. November 2001 mussten die Schuldner in der Lage sein, die Kosten für dieses Verfahren aufzubringen. Das erwies sich häufig als unüberwindbares Hindernis, sodass in den Jahren 2000 und 2001 etwa 40% der Insolvenzanträge aller natürlichen Personen – also nicht nur von Verbrauchern und Gesellschaftern, sondern auch von Einzelunternehmen, freiberuflich Tätigen und Kleinunternehmen – mangels Masse abgewiesen wurden. Der tatsächliche Anteil dürfte sogar noch höher sein, denn es ist davon auszugehen, dass in etlichen Fällen Prozesskostenhilfe gewährt wurde, damit eine Eröffnung des Verfahrens erfolgen konnte. Mit der Änderung der Insolvenzordnung Ende 2001 wurde generell für mittellose natürliche Personen die Stundung der Verfahrenskosten möglich. Dies führte nicht nur zu einem beispiellosen Anstieg der „Privatinsolvenzen“, sondern verringerte auch den Anteil der Abweisungen mangels Masse bei diesen Schuldnern (ohne Verbraucher und Nachlässe) auf unter 17% im Jahr 2005. Bei den Verbraucherinsolvenzen wurden im Jahr 2005 sogar fast keine Verfahren mehr mangels Masse abgelehnt.

Entwicklung der Insolvenzen seit 1999 und Strukturen 2005

Mit Beginn des Jahres 1999 war die bundeseinheitliche Insolvenzordnung in Kraft getreten, mit der die bis dahin gültigen Rechtsvorschriften, die Konkurs- und Vergleichsordnung sowie die Gesamtvollstreckungsordnung, abgelöst wurden. In den letzten drei Jahren vor Einführung der neuen Insolvenzordnung hatte die Gesamtzahl der Insolvenzen jährlich zwischen 31 000 und 34 000 und die der Unternehmensinsolvenzen zwischen 25 000 und 28 000 Fällen gelegen. Mit der Schaffung der Möglichkeit, das Insolvenzrecht auf alle natürlichen Personen auszudehnen, und insbesondere mit der Einführung der Stundungsmöglichkeit der Verfahrenskosten für diesen Personenkreis, begann ein regelrechter Ansturm auf die Gerichte. Hatten 1998 erst rund 13 000 natürliche Personen (einschl. Einzelunternehmen und Kleingewerbe) Insolvenz angemeldet, waren es 2005 bereits rund 100 000 Fälle mehr.

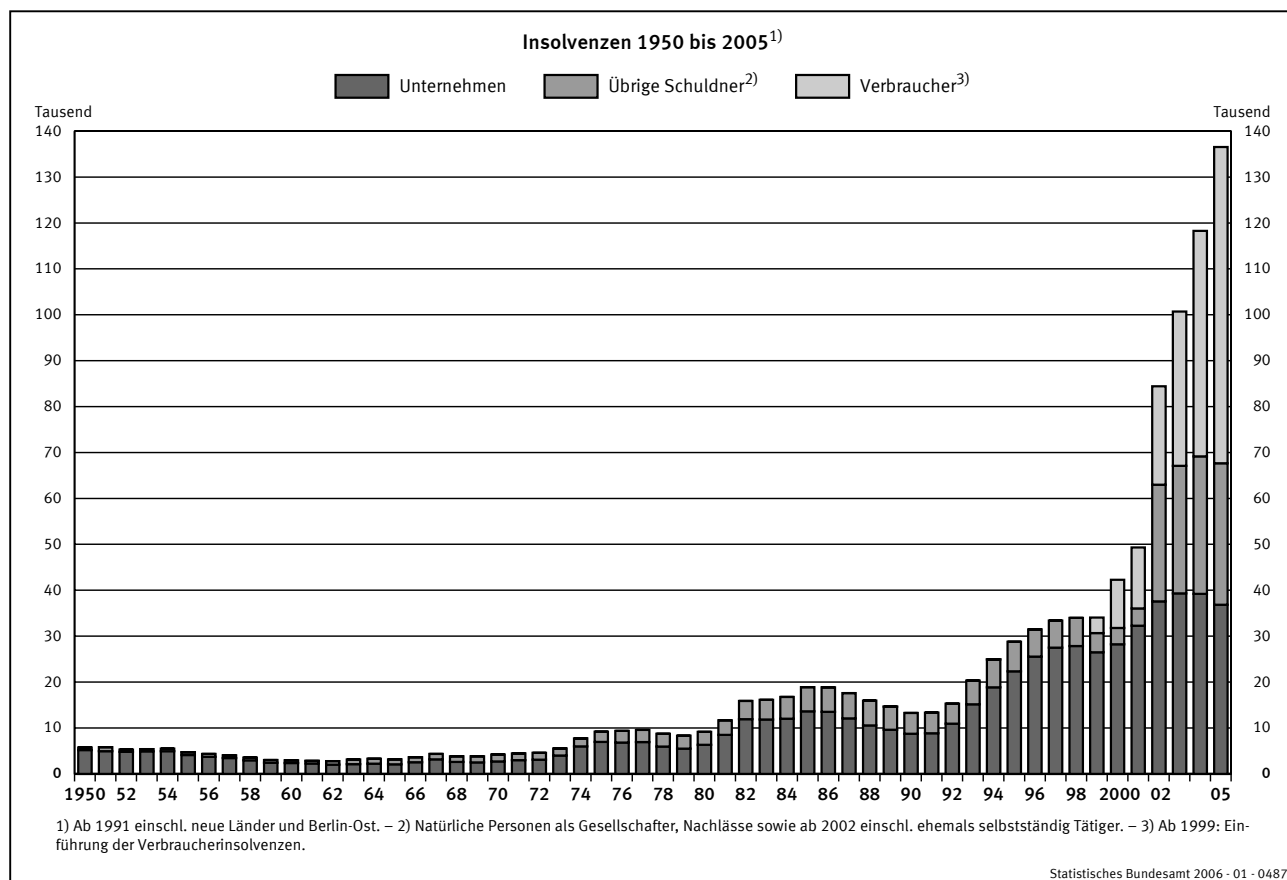
Bei den Unternehmensinsolvenzen ist die Entwicklung einerseits von jenen Unternehmensformen geprägt, bei denen natürliche Personen betroffen sind, die sich ihre Verfahrenskosten stunden lassen und Restschuldbefreiung erlangen können. Andererseits spielen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Rolle, mit der Folge, dass auch die Insolvenzen von Kapital- und Personengesellschaften zu Beginn dieses Jahrhunderts kräftig zugenommen haben (siehe auch Tabelle 4). Während bei Einführung des neuen Insolvenzrechts 1999 noch 26 476 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet wurden, waren es 2003 bereits 39 320, die bis dahin höchste Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen seit Bestehen der Insolvenzstatistik. In den letz-

Tabelle 1: Entwicklung der Insolvenzen

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzen ¹⁾					Insolvenzen			
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	Schulden- bereinigungs- plan angenommen	zusammen	Vergleichs- verfahren eröffnet	insgesamt ²⁾	dar.: Unter- nehmen ³⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
								insgesamt	dar.: Unternehmen
Anzahl							%		
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾									
1950	3 286	1 211	X	4 497	1 721	5 735	5 168	+ 35,7	+ 27,7
1960	1 742	947	X	2 689	343	2 958	2 358	- 2,2	- 2,3
1970	2 081	1 862	X	3 943	324	4 201	2 716	+ 10,3	+ 8,9
1980	2 420	6 639	X	9 059	94	9 140	6 315	+ 9,9	+ 15,2
1990	3 214	10 029	X	13 243	42	13 271	8 730	- 9,4	- 9,0
1991	3 236	9 667	X	12 903	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3
1992	3 691	10 403	X	14 094	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4
1993	4 629	12 853	X	17 482	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5
1994	5 053	14 997	X	20 050	67	20 092	14 913	+ 14,6	+ 16,4
1995	5 616	16 072	X	21 688	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3
1996	6 053	17 010	X	23 063	53	23 078	18 111	+ 6,3	+ 10,0
1997	6 195	17 982	X	24 177	35	24 212	19 348	+ 4,9	+ 6,8
1998	6 268	18 134	X	24 402	30	24 432	19 213	+ 0,9	- 0,7
1999	8 801	13 883	234	22 918	X	22 918	16 772	X	X
2000	14 765	13 994	1 106	29 865	X	29 865	18 062	+ 30,3	+ 7,7
2001	19 383	14 972	1 515	35 870	X	35 870	21 664	+ 20,1	+ 19,9
2002	46 827	15 045	1 001	62 873	X	62 873	26 638	+ 75,3	+ 23,0
2003	59 941	15 864	1 108	76 913	X	76 913	29 584	+ 22,3	+ 11,1
2004	73 754	15 461	1 476	90 691	X	90 691	30 015	+ 17,9	+ 1,5
2005	88 139	14 069	1 439	103 647		103 647	28 017	+ 14,3	- 6,7
Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁾									
1991	328	73	X	401	X	401	392	X	X
1992	669	516	X	1 185	X	1 185	1 092	+ 195,5	+ 178,6
1993	1 213	1 548	X	2 761	X	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1
1994	1 779	3 057	X	4 836	X	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1
1995	2 408	4 663	X	7 071	X	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2
1996	2 557	5 836	X	8 393	X	8 393	7 419	+ 18,7	+ 26,3
1997	2 639	6 547	X	9 186	X	9 186	8 126	+ 9,4	+ 9,5
1998	2 695	6 850	X	9 545	X	9 545	8 615	+ 3,9	+ 6,0
1999	3 044	5 703	5	8 752	X	8 752	7 567	X	X
2000	4 277	5 536	68	9 881	X	9 881	8 047	+ 12,9	+ 6,3
2001	4 979	5 691	149	10 819	X	10 819	8 506	+ 9,5	+ 5,7
2002	12 158	4 830	117	17 105	X	17 105	8 847	+ 58,1	+ 4,0
2003	13 812	4 423	155	18 390	X	18 390	7 575	+ 7,5	- 14,4
2004	17 013	4 361	207	21 581	X	21 581	7 296	+ 17,4	- 3,7
2005	22 032	3 823	258	26 113	X	26 113	7 104	+ 21,0	- 2,6
Berlin									
1999	410	1 956	2	2 368	X	2 368	2 137	+ 11,7	+ 11,5
2000	656	1 827	30	2 513	X	2 513	2 126	+ 6,1	- 0,5
2001	868	1 697	72	2 637	X	2 637	2 108	+ 4,9	- 0,8
2002	2 706	1 676	68	4 450	X	4 450	2 094	+ 68,8	- 0,7
2003	3 484	1 847	89	5 420	X	5 420	2 161	+ 21,8	+ 3,2
2004	4 268	1 628	106	6 002	X	6 002	1 902	+ 10,7	- 12,0
2005	5 299	1 387	108	6 794	X	6 794	1 722	+ 13,2	- 9,5
Deutschland									
1991	3 564	9 740	X	13 304	39	13 323	8 837	X	X
1992	4 360	10 919	X	15 279	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6
1993	5 842	14 401	X	20 243	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7
1994	6 832	18 054	X	24 886	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4
1995	8 024	20 735	X	28 759	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6
1996	8 610	22 846	X	31 456	53	31 471	25 530	+ 9,3	+ 14,3
1997	8 834	24 529	X	33 363	35	33 398	27 474	+ 6,1	+ 7,6
1998	8 963	24 984	X	33 947	30	33 977	27 828	+ 1,7	+ 1,3
1999	12 255	21 542	241	34 038	X	34 038	26 476	+ 0,2	- 4,9
2000	19 698	21 357	1 204	42 259	X	42 259	28 235	+ 24,2	+ 6,6
2001	25 230	22 360	1 736	49 326	X	49 326	32 278	+ 16,7	+ 14,3
2002	61 691	21 551	1 186	84 428	X	84 428	37 579	+ 71,2	+ 16,4
2003	77 237	22 134	1 352	100 723	X	100 723	39 320	+ 19,3	+ 4,6
2004	95 035	21 450	1 789	118 274	X	118 274	39 213	+ 17,4	- 0,3
2005	115 470	19 279	1 805	136 554	X	136 554	36 843	+ 15,5	- 6,0

1) Ab 1999 nur noch Insolvenzen. – 2) Früheres Bundesgebiet: von 1950 bis 1996 Konkurse und Vergleichsverfahren abzüglich der Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren. – 3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe. – 4) Ab 1999 ohne Berlin-West. – 5) Ab 1999 ohne Berlin-Ost.

Schaubild 2



ten beiden Jahren entspannte sich jedoch die Lage für die Unternehmen. Während die Unternehmensinsolvenzen 2004 noch auf hohem Niveau stagnierten, gingen sie 2005 um 6% auf 36 843 zurück. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang der Insolvenzen von Kapital- und Personengesellschaften um 13%. Hingegen nahmen 2005 die Insolvenzen von Einzel- und Kleinunternehmen sowie von Freien Berufen weiter zu (+ 3%).

Einer der Mängel der alten Insolvenzordnung war der hohe Anteil der Insolvenzanträge, die mangels Masse abgelehnt wurden. Wenn ein Insolvenzverfahren erst gar nicht eröffnet wird, insbesondere bei Gesellschaften mit eingeschränkter Haftung, kommt es oftmals zu keiner gerechten Verteilung der Vermögenswerte der Schuldner. Vermögensmanipulationen bleiben oft unentdeckt, sodass im Geschäftsverkehr andere geschädigt werden können. Deshalb war es eines

Tabelle 2: Zusammensetzung der Insolvenzen

Jahr	Insgesamt	Unternehmen		Übrige Schuldner						
				zusammen		natürliche Personen	Nachlässe	Verbraucher	ehemals selbstständig Tätige ¹⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%				über-schaubar	nicht über-schaubar
1992	15 302	10 920	71,4	4 382	28,6	2 491	1 891	X	X	X
1993	20 298	15 148	74,6	5 150	25,4	3 142	2 008	X	X	X
1994	24 928	18 837	75,6	6 091	24,4	3 975	2 116	X	X	X
1995	28 785	22 344	77,6	6 441	22,4	4 170	2 271	X	X	X
1996	31 471	25 530	81,1	5 941	18,9	3 593	2 348	X	X	X
1997	33 398	27 474	82,3	5 924	17,7	3 527	2 397	X	X	X
1998	33 977	27 828	81,9	6 149	18,1	3 703	2 446	X	X	X
1999	34 038	26 476	77,8	7 562	22,2	1 852	2 353	3 357	X	X
2000	42 259	28 235	66,8	14 024	33,2	1 129	2 416	10 479	X	X
2001	49 326	32 278	65,4	17 048	34,6	1 472	2 299	13 277	X	X
2002	84 428	37 579	44,5	46 849	55,5	6 381	2 367	21 441	2 130	14 530
2003	100 723	39 320	39,0	61 403	61,0	3 709	2 393	33 609	2 944	18 748
2004	118 274	39 213	33,2	79 061	66,8	4 237	2 450	49 123	3 868	19 383
2005	136 554	36 843	27,0	99 711	73,0	3 446	2 630	68 898	4 818	19 919

1) Deren Vermögensverhältnisse überschaubar bzw. nicht überschaubar sind.

Tabelle 3: Verbraucherinsolvenzen

Jahr	Eröffnete Verfahren	Mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Durchschnittliche Schulden je Fall
	Anzahl				%	1 000 EUR
1999	1 634	1 496	227	3 357	X	179
2000	6 886	2 449	1 144	10 479	+212,2	189
2001	9 070	2 552	1 655	13 277	+26,7	193
2002	19 857	489	1 095	21 441	+61,5	115
2003	32 131	244	1 234	33 609	+56,8	92
2004	47 230	252	1 641	49 123	+46,2	75
2005	66 945	279	1 674	68 898	+40,3	69

der Ziele der Insolvenzrechtsreform, den Anteil der eröffneten Verfahren, der 1998 auf nur noch ein Viertel gesunken war, anzuheben, um eine gleichmäßige Befriedigung der Forderungen der Gläubiger zu erreichen. Dieses Ziel wurde zwar pro forma erreicht, denn 2005 wurden 85% aller beantragten Verfahren eröffnet; jedoch kam diese Verbesserung nur zu Lasten der Staatskasse zustande, die für die Verfahrenskosten insolventer natürlicher Personen in Vorkasse treten musste. Ob es in einem Verfahren, in dem der Schuldner nicht einmal die verhältnismäßig geringen Verfahrenskosten aufbringen kann, für die Gläubiger zu einem ausreichenden Schadensersatz für ihre Forderungen kommt, erscheint zweifelhaft. Um feststellen zu können, ob sich die Quoten tatsächlich verbessert haben, werden die Eröffnungsquoten derjenigen Schuldner untersucht, die keinen Anspruch auf Stundung haben, also der Kapital- und Personengesellschaften. Die Eröffnungsquoten dieser Gesellschaften lagen 1998 bei etwa 36%. Danach verbesserten sie sich bis 2001 auf rund 50% und blieben seitdem konstant auf diesem Niveau. Quoten von rund 50% sind aber nach wie vor unbefriedigend, deuten sie doch darauf hin, dass es in vielen Fällen zu einer Insolvenzverschleppung gekommen ist. Kapitalgesellschaften sind gemäß § 19 der Insolvenzordnung verpflichtet, nicht erst bei Zahlungsunfähigkeit, sondern bereits bei Überschuldung Insolvenzantrag zu stellen. Überschuldung liegt vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt. In diesem Stadium müssten die Unternehmen aber noch in der Lage sein, zumindest die Verfahrenskosten aus ihrem Vermögen aufzubringen.

Eine der Maßnahmen im neuen Regelwerk, um die Eröffnungsquote zu verbessern, war die Einrichtung eines zusätzlichen Eröffnungsgrundes. Neben den schon in der Konkursordnung festgelegten Gründen „Zahlungsunfähigkeit“ und „Überschuldung“ wurde 1999 die „drohende Zahlungs-

unfähigkeit“ eingeführt. Der neue Eröffnungsgrund sollte zu einer früheren Verfahrenseröffnung führen und damit die Sanierungsaussichten verbessern. Dieses Angebot wurde von den Schuldnern jedoch nur selten aufgegriffen, denn lediglich bei knapp 1% aller Anträge auf Eröffnung einer Unternehmensinsolvenz wurde 2005 als Grund eine drohende Zahlungsunfähigkeit angegeben. In den meisten Fällen (etwa 70%) wurde der Insolvenzantrag erst gestellt, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig war und damit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. In den übrigen Fällen waren zumeist Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit gleichzeitig Auslöser des Insolvenzantrags. Der Insolvenzgrund „Überschuldung“ gilt nur für juristische Personen und solche Personengesellschaften, deren Gesellschafter juristische Personen sind (z. B. GmbH & Co. KG). Dies ist im Hinblick auf den Straftatbestand der Insolvenzverschleppung vor allem für die antragspflichtigen Personen von Bedeutung.

Anträge wegen Überschuldung oder drohender Zahlungsunfähigkeit können nur vom Schuldner selbst eingereicht werden. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit können auch die Gläubiger Insolvenzantrag stellen. Bei drei Vierteln aller Insolvenzanträge waren die Schuldner die Antragsteller.

Tabelle 5: Unternehmensinsolvenzen nach Antragstellern, Eröffnungsgründen und Art der Verwaltung

Gegenstand der Nachweisung	2003	2004	2005
Insgesamt	39 320	39 213	36 843
Antragsteller			
Gläubiger	10 741	10 606	9 679
Schuldner	28 579	28 607	27 164
Eröffnungsgründe			
Zahlungsunfähigkeit	25 687	27 022	26 315
Drohende Zahlungsunfähigkeit ..	300	216	223
Überschuldung	491	414	399
Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	12 801	11 441	9 795
Drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	41	120	109
Eigenverwaltung			
Angeordnete Eigenverwaltung ...	185	173	147

Die Gläubiger können auf der Gläubigerversammlung bestimmen, dem Schuldner die Abwicklung oder Fortführung des Betriebes – mit der Absicht, eine Sanierung herbeizuführen – zu übertragen. Dabei steht dem Schuldner ein Sachwalter (Insolvenzverwalter) zur Seite. Im Jahr 2005 hielten nur in 147 Fällen die Gläubiger ihre Schuldner für befähigt, eine solche Eigenverwaltung auszuüben, das waren noch weniger als in den Vorjahren.

Tabelle 4: Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften

Rechtsform	1999		2000		2001		2002		2003		2004		2005	
	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾	Anzahl	Eröffnungsquote ¹⁾
Personengesellschaften ²⁾ ..	1 983	53,2	2 211	55,7	2 624	57,9	3 194	59,6	3 269	59,1	3 071	60,4	2 744	58,6
Kapitalgesellschaften ³⁾	15 905	40,3	16 008	44,8	18 299	48,4	20 401	48,8	20 542	49,1	19 353	49,4	16 758	50,2
Zusammen ...	17 888	41,7	18 219	46,1	20 923	49,5	23 595	50,3	23 811	50,5	22 424	50,9	19 502	51,4

1) Anteil der eröffneten Verfahren in %. – 2) OHG, KG, GmbH & Co. KG, GbR usw. – 3) GmbH und AG.

Voraussichtliche Forderungen und Größe der Unternehmen

Die Beurteilung der Insolvenzen sollte sich nicht allein an der zahlenmäßigen Entwicklung orientieren, sondern auch die Höhe der entstandenen Forderungsausfälle der Gläubiger und die Zahl der von der Insolvenz betroffenen Arbeitnehmer berücksichtigen.

Die Berichterstattung über die Forderungen erfolgt in zwei Schritten. Mit den laufenden monatlichen Insolvenzmeldungen der Gerichte werden die Verbindlichkeiten der Schuldner zum Zeitpunkt der Antragstellung ermittelt. Diese Angaben beruhen auf Äußerungen der Schuldner und werden notfalls von den Gerichten geschätzt. Zu diesem Zeitpunkt ist noch keine Aufforderung an die Gläubiger ergangen, ihre Forderungen bei Gericht anzumelden. Daher können die von den Schuldnern gemachten Angaben von den Vorstellungen der Gläubiger deutlich abweichen. Die tatsächlichen Forderungen können erst nach Beendigung des Verfahrens ermittelt werden, wenn die Gerichte die Ansprüche der Gläubiger geprüft und darüber entschieden haben. Diese Ergebnisse liegen jedoch – wie eingangs erwähnt – frühestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr des Insolvenzverfahrens vor und konnten von den Gerichten bisher noch nicht vollständig ermittelt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt können deshalb noch keine Daten in die Analyse einbezogen werden.

Tabelle 6: Voraussichtliche Forderungen und Beschäftigte

Jahr	Voraussichtliche Forderungen			Beschäftigte ¹⁾	
	insgesamt	dar.: Verbraucher	je Fall ²⁾	insgesamt	je Fall
	Mrd. EUR		1 000 EUR	Anzahl	
1991	6,3	.	480	.	.
1992	7,7	.	500	.	.
1993	14,8	.	730	.	.
1994	17,9	.	720	.	.
1995	16,7	.	580	.	.
1996	21,9	.	700	.	.
1997	19,7	.	590	.	.
1998	20,1	.	590	.	.
1999	17,3	0,5	620	.	.
2000	24,0	1,8	760	181 318	8
2001	30,9	2,5	820	202 829	9
2002	61,5	2,4	1 200	273 501	9
2003	42,0	3,1	730	218 990	6
2004	39,2	3,7	632	199 986	6
2005	35,9	4,7	582	168 219	5

1) Bis 2001 ohne Kleingewerbe, ab 2002 einschl. Kleingewerbe. – 2) Aus Gründen der längerfristigen Vergleichbarkeit ohne Berücksichtigung der Verbraucher und ab 2002 auch ohne ehemals selbstständig Tätige, jedoch einschl. Gesellschafter und Nachlässe.

Die bei Einleitung eines Insolvenzverfahrens ermittelten Summen liefern jedoch erste Hinweise auf den finanziellen Schaden und damit auf die finanzielle Bedeutung des Insolvenzgeschehens. Im Jahr 2005 bezifferten die Gerichte die Gesamthöhe dieser voraussichtlichen Forderungen aller Insolvenzgläubiger auf 35,9 Mrd. Euro. Das sind 3,3 Mrd. Euro oder 8,4% weniger als im Vorjahr. Obwohl mehr als die Hälfte aller Insolvenzen von Verbrauchern beantragt wurden, entfielen auf sie nur 4,7 Mrd. Euro oder 13% der

Gesamtforderungen. Unternehmen trugen zwar nur zu einem Viertel zum Insolvenzgeschehen bei, sie waren jedoch mit 22,8 Mrd. Euro für knapp zwei Drittel aller entstandenen Forderungen verantwortlich. Die Ansprüche der Gläubiger gegen Unternehmen lagen 2005 um 15% niedriger als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist jedoch nicht nur eine Folge der niedrigeren Zahl an Unternehmensinsolvenzen, sondern er ist auch auf die geringere durchschnittliche Schadenshöhe zurückzuführen. Die Ursache dafür liegt wiederum in der deutlichen Abnahme der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften, die eine größere wirtschaftliche Bedeutung haben, mit entsprechend hohen finanziellen Verpflichtungen.

Die durchschnittliche Forderungshöhe bei einer Unternehmensinsolvenz (einschl. Gesellschaftern und Nachlässen) lag 2005 bei 582 000 Euro. Verbraucher hatten 2005 bei einer Insolvenz im Durchschnitt dagegen knapp 70 000 Euro Schulden. Nur in 337 Fällen, also bei etwa einem halben Prozent aller Verbraucherinsolvenzen, übertrafen die Verbindlichkeiten die Millionengrenze. Bei diesen Fällen stellt sich allerdings die Frage, ob aufgrund der finanziellen Bedeutung nicht besser ein Regelinsolvenzverfahren angebracht gewesen wäre. Von allen insolventen Unternehmen hatten etwa 10% Verbindlichkeiten von mehr als 1 Mill. Euro. Bei den Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften überschritten sogar 14% die Millionengrenze.

Neben den Gläubigern sind die Arbeitnehmer die Hauptleidtragenden bei Unternehmenszusammenbrüchen. Die von den Gerichten übermittelten Zahlen über die Belegschaft lassen keine genauen Schlüsse darüber zu, wie viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen tatsächlich vom Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Zum einen werden viele Unternehmen schon frühzeitig versucht haben, durch Einsparungen beim Personal eine drohende Insolvenz abzuwenden. Zum anderen dürften bei Eintritt der Insolvenz nicht alle Arbeitsplätze wegfallen, weil aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen oder durch Veräußerung des Unternehmens häufig Arbeitsplätze erhalten werden können. Im Jahr 2005 waren rund 168 000 Arbeitnehmer/-innen bei insolvent gewordenen Unternehmen beschäftigt, 16% weniger als im Jahr 2004. Die eigentliche Zahl ist jedoch höher einzuschätzen, weil die Gerichte bei etwa 15% der betroffenen Unternehmen keine Angaben zur Beschäftigung machen konnten. Dennoch sind die Zahlen ein weiteres Indiz dafür, dass 2005 weniger größere Unternehmen von einer Insolvenz betroffen waren. Über die Hälfte (53%) aller in Zahlungsnot geratenen Unternehmen, für die es genaue Angaben zur Beschäftigungssituation gab, hatten keinen einzigen Arbeitnehmer, 30% der Unternehmen höchstens fünf. In gerade mal 190 Insolvenzfällen waren mindestens 100 Personen betroffen.

Rechtsform, Wirtschaftszweig und Alter der Unternehmen

Für einen detaillierteren Einblick in die Schwerpunkte der Insolvenzen von Unternehmen eignet sich vor allem eine

Tabelle 7: Insolvenzen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen, Forderungs- und Beschäftigtengrößenklassen sowie Alter der Unternehmen

Gegenstand der Nachweisung	2002	2003	2004	2005	Veränderung 2005 gegenüber 2004	Insolvenzhäufigkeit ¹⁾ 2005
	Anzahl				%	
Unternehmen insgesamt	37 579	39 320	39 213	36 843	-6,0	125
nach Rechtsformen						
Einzelunternehmen, Kleingewerbe ...	13 554	15 042	16 299	16 774	+2,9	81
Personengesellschaften	3 194	3 266	3 071	2 744	-10,6	73
GmbH	19 770	20 038	18 938	16 414	-13,3	192
Aktiengesellschaften, KGaA	631	508	415	344	-17,1	215
Sonstige Rechtsformen	430	466	490	567	+15,7	116
nach Wirtschaftszweigen						
Verarbeitendes Gewerbe	4 344	4 555	3 996	3 507	-12,2	127
Baugewerbe	9 160	8 699	8 595	7 829	-8,9	254
Handel	7 491	7 912	7 831	7 522	-3,9	107
Gastgewerbe	2 655	3 105	3 437	3 175	+7,6	130
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 451	2 593	2 538	2 530	-0,3	201
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	383	438	440	529	+20,2	X
Sonstige Dienstleistungen	10 470	11 281	11 618	11 073	-4,7	93
Übrige Wirtschaftsbereiche	625	737	758	678	-10,6	74
nach Forderungsgrößenklassen						
von ... bis unter ... EUR						
unter 50 000	7 562	8 685	9 452	9 578	X	X
50 000 – 250 000	14 307	15 420	15 999	15 031	X	X
250 000 – 500 000	5 838	5 831	5 558	5 177	X	X
500 000 – 1 Mill.	3 958	3 934	3 546	3 243	X	X
1 Mill. – 5 Mill.	3 935	3 793	3 370	2 921	X	X
5 Mill. – 25 Mill.	888	770	675	573	X	X
25 Mill. und mehr	169	113	98	72	X	X
unbekannt	922	774	515	248	X	X
nach Beschäftigtengrößenklassen ²⁾						
von ... bis ... Beschäftigte						
kein(e) Beschäftigte(r)	12 935	15 928	16 778	16 671	X	X
1	4 182	4 476	4 345	3 896	X	X
2 – 5	6 481	6 652	6 231	5 534	X	X
6 – 10	2 806	2 719	2 435	2 141	X	X
11 – 100	4 237	4 043	3 564	2 981	X	X
mehr als 100	373	265	227	190	X	X
unbekannt	6 565	5 237	5 633	5 430	X	X
nach Altersklassen ²⁾						
bis 3 Jahre alt	8 637	8 355	7 805	7 747	X	X
4 bis unter 8 Jahre alt	8 947	8 875	8 679	8 179	X	X
8 Jahre und älter	11 376	12 404	12 196	11 686	X	X
unbekannt	8 619	9 686	10 533	9 231	X	X

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2004 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 620 EUR). – 2) Ab 2002 einschl. Kleingewerbe.

Untergliederung nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen und Alter der Unternehmen.

Bei fast jedem zweiten insolventen Unternehmen handelte es sich um eine GmbH (45%). Auf Einzel- oder Kleinunternehmen und freiberuflich Tätige entfiel in etwa der gleiche Anteil (46%). Die GmbH & Co. KGs (4%) und die Gesellschaften bürgerlichen Rechts (2%) fallen dagegen nur mäßig ins Gewicht. Reine OHGs und KGs, bei denen die Gesellschafter uneingeschränkt haften, machten einen verschwindend geringen Anteil von 1% aus. Auch der Anteil der von Zahlungsschwierigkeiten betroffenen Aktiengesellschaften ist mit 1% eher niedrig, an den Gesamtforderungen sind sie jedoch mit 6% (1,4 Mrd. Euro) beteiligt. Die Insolvenzen von GmbHs trugen mit 12,6 Mrd. Euro 55% zu den Gesamtforderungen bei.

Um die Anfälligkeit einzelner Rechtsformen für eine Insolvenz beurteilen zu können, werden die Insolvenzen der einzelnen Rechtsformen zu der Zahl der bestehenden Unternehmen in Beziehung gesetzt. Als Bezugsbasis für den Unternehmensbestand nach Rechtsformen gibt es bisher nur die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 17 500 Euro. Allerdings sind in der Umsatzsteuerstatistik insbesondere die Kapitalgesellschaften unterrepräsentiert. Es gibt schätzungsweise 400 000 GmbHs und 9 000 AGs, die in der Umsatzsteuerstatistik nicht dargestellt sind, beispielsweise weil sie nur als Beteiligungsgesellschaft fungieren. Diese Schätzungen beruhen auf einer Fortschreibung der 1993 eingestellten Bestandsstatistik der Kapitalgesellschaften. Selbst wenn diese höhere Bestandszahl für AGs und GmbHs zugrunde

gelegt wird, weisen die AGs mit 215 und die GmbHs mit 192 Insolvenzen je 10 000 bestehenden Unternehmen die größte Insolvenzhäufigkeit auf. Von 10 000 bestehenden Personengesellschaften (einschl. GmbH & Co. KG) mussten dagegen nur 73 Gesellschaften den Gang vor das Insolvenzgericht antreten.

Im Zuge der öffentlichen Bekanntmachungspflicht ist auch der Geschäftszweig der Unternehmen anzugeben. In der Statistik wird der Geschäftszweig nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) bestimmt. Im Dienstleistungssektor mussten 2005 über 11 000 Unternehmen Insolvenz anmelden, das sind 30% aller insolvent gewordenen Unternehmen. Im Baugewerbe wurden 7 829 und im Handel 7 522 Insolvenzfälle registriert, was jeweils einem Anteil von rund 20% entspricht. Weitere 10% der insolvent gewordenen Unternehmen waren im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Gemessen an der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen weist das Baugewerbe mit 254 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen den höchsten Wert auf. Zwar ist die Quote des Kredit- und Versicherungsgewerbes rechnerisch höher, es ist jedoch davon auszugehen, dass viele Kredit- und Versicherungsvermittler nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, und deshalb die Bezugsszahl zu niedrig ist. Die niedrigste Quote mit 107 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen lässt sich für den Handel ermitteln.

Die Ergebnisse zeigen unterschiedliche Insolvenzentwicklungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten wiesen 2005 das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 20%), das Textilgewerbe (+ 12%) und die Handelsvermittlung (+ 11%) auf. Größere Rückgänge bei den Insolvenzzahlen wurden dagegen im Bereich Forschung und Entwicklung (– 36%), bei der Personalvermittlung (– 28%), im Maschinenbau (– 23%) und im Hoch- und Tiefbau (– 11%) verzeichnet. Weitere branchenspezifische Zahlen liegen im Statistischen Bundesamt vor. Detaillierte Ergebnisse enthält zudem die Fachserie 2 „Unternehmen und Arbeitsstätten“, Reihe 4.1 „Insolvenzverfahren“, die im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamts kostenfrei zum Download zur Verfügung steht (<http://www.destatis.de>).

Durch eine Unterteilung der Unternehmen nach Altersgruppen erhält man einen Überblick darüber, in welcher Phase des Lebenszyklus eines Unternehmens das Insolvenzrisiko am größten ist. Mit Hilfe der von den Gerichten übermittelten Gründungsjahre werden die betroffenen Unternehmen in drei Altersgruppen eingeteilt. Die Feststellung des Gründungsjahres bereitet den Gerichten jedoch insbesondere bei Einzel- und Kleinunternehmen große Mühe, denn bei 48% der Unternehmen mit dieser Rechtsform fehlt die entsprechende Angabe in den Unterlagen. Es erscheint deshalb zweckmäßig, nur die Altersstrukturen der Unternehmen zu untersuchen, die nicht den Einzelunternehmen zugerechnet werden. Über einem Viertel der betrachteten Gesellschaften gelang es nicht, ihre Wirtschaftlichkeit über das dritte Jahr hinaus zu sichern. Weitere 29% existierten nur vier bis sieben Jahre. Dies bedeutet, dass 55%, also mehr als die Hälfte der insolventen Unternehmen, weniger als acht Jahre bestanden haben. Die übrigen 45% haben sich acht Jahre und länger am Markt behauptet. Diese Strukturen haben sich in den letzten Jahren kaum verändert.

Insolvenzgeldzahlungen an Arbeitnehmer

Bei Eintritt einer Insolvenz haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen für die vorangegangenen drei Monate. Die von der Insolvenz betroffenen Arbeitnehmer/-innen erhalten ein so genanntes Insolvenzgeld von der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die dafür verwendeten Gelder werden von den Berufsgenossenschaften bei der Solidargemeinschaft der Arbeitgeber erhoben. 229 000 Arbeitnehmer/-innen profitierten 2005 von dieser Regelung und erhielten Gelder von der Bundesagentur für Arbeit, 2004 waren es noch 277 000 gewesen. Auch diese Entwicklung bestätigt, dass 2005 weniger große und mittlere Unternehmen insolvent geworden sind, deshalb weniger Forderungen anfielen und auch weniger Arbeitnehmer/-innen betroffen waren.

Bezieher von Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld
1 000

1975	98
1980	62
1990	63
1995	220
1996	267
1997	262
1998	251
1999	240
2000	245
2001	275
2002	301
2003	285
2004	277
2005	229

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Entwicklung in den Bundesländern

Wie schon 2004 haben 2005 die Insolvenzzahlen in allen Bundesländern gegenüber dem Vorjahr zugenommen. An der Spitze liegen Sachsen (+ 26%), Sachsen-Anhalt (+ 23%) und Thüringen (+ 22%). Am geringsten waren die Zuwachsraten in Nordrhein-Westfalen (+ 9%), Mecklenburg-Vorpommern (+ 12%) und Berlin (+ 13%). Erfreulicher sieht die Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen aus. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz (+ 7%), Sachsen (+ 5%), Thüringen und Niedersachsen (beide + 4%) haben in allen Ländern die Insolvenzzahlen abgenommen, wobei Sachsen-Anhalt (– 15%) und Nordrhein-Westfalen (– 10%) die höchsten Rückgänge aufweisen.

Die absoluten Insolvenzzahlen in den Bundesländern sind aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungs- und Unternehmensstrukturen nur wenig aussagekräftig. Deshalb ist es sinnvoll, die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen zur Gesamtanzahl aller Unternehmen im jeweiligen Land in Beziehung zu setzen. Die höchsten Quoten erreichen dabei Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit 217 bzw. 188 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen, die niedrigsten Baden-Württemberg (70) und Bayern (82).

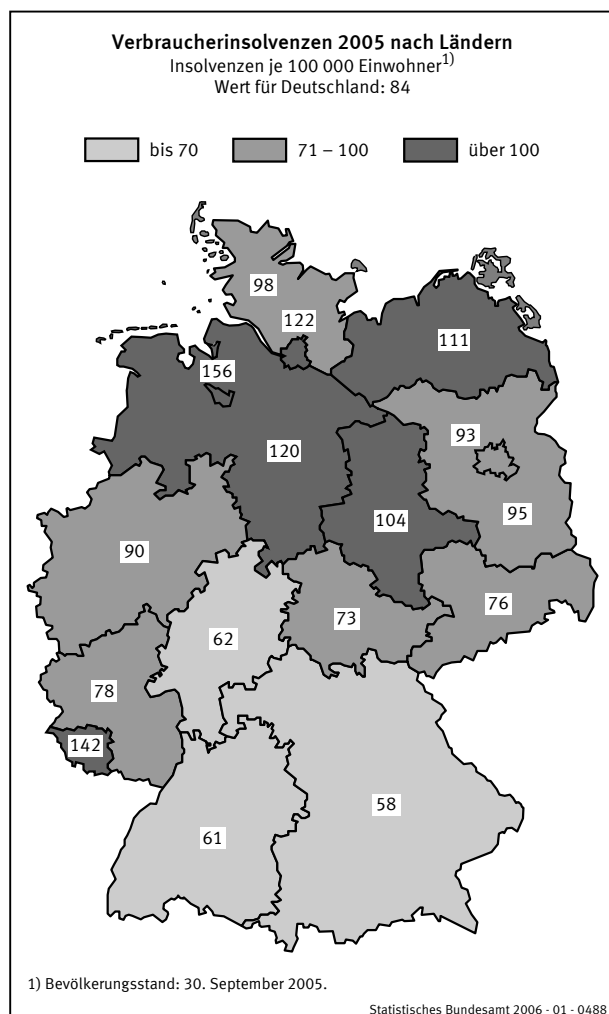
Auf die gleiche Weise kann auch bei den Verbraucherinsolvenzen verfahren werden. Der Bundesdurchschnitt liegt

Tabelle 8: Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen								Häufigkeiten ¹⁾ der Unter- nehmens- insolvenzen im Jahr 2005
	insgesamt			dar.: Unternehmen ²⁾					
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2004 gegenüber 2003	2005 gegenüber 2004	
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	9 418	11 590	13 403	3 234	3 190	2 893	- 1,4	- 9,3	70
Bayern	11 847	13 522	15 521	4 818	4 564	4 289	- 5,3	- 6,0	82
Berlin	5 420	6 002	6 794	2 161	1 902	1 722	- 12,0	- 9,5	151
Brandenburg	3 378	4 185	4 903	1 195	1 259	1 242	+ 5,4	- 1,4	158
Bremen	1 216	1 527	1 791	297	324	306	+ 9,1	- 5,6	140
Hamburg	2 717	2 947	3 455	1 010	896	818	- 11,3	- 8,7	104
Hessen	6 477	7 530	8 708	2 337	2 383	2 214	+ 2,0	- 7,1	94
Mecklenburg- Vorpommern	2 793	3 413	3 836	1 108	1 029	948	- 7,1	- 7,9	188
Niedersachsen	11 395	14 197	16 782	3 115	3 166	3 290	+ 1,6	+ 3,9	130
Nordrhein-Westfalen	22 787	26 980	29 418	11 393	12 012	10 758	+ 5,4	- 10,4	171
Rheinland-Pfalz	4 789	5 476	6 573	1 549	1 557	1 659	+ 0,5	+ 6,6	110
Saarland	1 760	1 938	2 208	410	407	403	- 0,7	- 1,0	118
Sachsen	5 629	6 523	8 244	2 430	2 344	2 465	- 3,5	+ 5,2	181
Sachsen-Anhalt	3 617	4 280	5 260	1 803	1 675	1 420	- 7,1	- 15,2	217
Schleswig-Holstein	4 507	4 984	5 788	1 420	1 516	1 378	+ 6,8	- 9,1	140
Thüringen	2 970	3 180	3 870	1 040	989	1 029	- 4,9	+ 4,0	141
Deutschland ...	100 720	118 274	136 554	39 320	39 213	36 843	- 0,3	- 6,0	125

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2004 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 17 500 EUR). – 2) Einschl. Kleingewerbe.

Schaubild 3



hier bei 84 Insolvenzen je 100 000 Einwohner. Bayern (58), Baden-Württemberg (61) und Hessen (62) liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Mit 156 Verbraucherinsolvenzen je 100 000 Einwohner ist Bremen Spitzenreiter vor dem Saarland (142), Hamburg (122) und Niedersachsen (120). [uu](#)

1.1 Entwicklung der Insolvenzen ¹⁾									
Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzen ²⁾				Insolvenzen				
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	Schulden- bereinigungs- plan ange- nommen	zusammen	Vergleichs- verfahren eröffnet	insgesamt	dar.: Unter- nehmen ³⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
								insgesamt	dar.: Unternehmen
Anzahl							%		
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾									
1990	3 214	10 029	x	13 243	42	13 271	8 730	- 9,4	- 9,0
1991	3 236	9 667	x	12 903	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3
1992	3 691	10 403	x	14 094	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4
1993	4 629	12 853	x	17 482	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5
1994	5 053	14 997	x	20 050	67	20 092	14 913	+ 14,6	+ 16,4
1995	5 616	16 072	x	21 688	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3
1996	6 053	17 010	x	23 063	53	23 078	18 111	+ 6,3	+ 10,0
1997	6 195	17 982	x	24 177	35	24 212	19 348	+ 4,9	+ 6,8
1998	6 268	18 134	x	24 402	30	24 432	19 213	+ 0,9	- 0,7
1999	8 801	13 883	234	22 918	x	22 918	16 772	x	x
2000	14 765	13 994	1 106	29 865	x	29 865	18 062	+ 30,3	+ 7,7
2001	19 383	14 972	1 515	35 870	x	35 870	21 664	+ 20,1	+ 19,9
2002	46 826	15 045	1 001	62 872	x	62 872	26 638	+ 75,3	+ 23,0
2003	59 941	15 864	1 108	76 913	x	76 913	29 584	+ 22,3	+ 11,1
2004	73 754	15 461	1 476	90 691	x	90 691	30 015	+ 17,9	+ 1,5
2005	88 139	14 069	1 439	103 647	x	103 647	28 017	+ 14,3	- 6,7
Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁾									
1991	328	73	x	401	x	401	392	x	x
1992	669	516	x	1 185	x	1 185	1 092	+ 195,5	+ 178,6
1993	1 213	1 548	x	2 761	x	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1
1994	1 779	3 057	x	4 836	x	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1
1995	2 408	4 663	x	7 071	x	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2
1996	2 557	5 836	x	8 393	x	8 393	7 419	+ 18,7	+ 26,3
1997	2 639	6 547	x	9 186	x	9 186	8 126	+ 9,4	+ 9,5
1998	2 695	6 850	x	9 545	x	9 545	8 615	+ 3,9	+ 6,0
1999	3 044	5 703	x	8 752	x	8 752	7 567	x	x
2000	4 277	5 536	68	9 881	x	9 881	8 047	+ 12,9	+ 6,3
2001	4 979	5 691	149	10 819	x	10 819	8 506	+ 9,5	+ 5,7
2002	12 158	4 830	117	17 105	x	17 105	8 847	+ 58,1	+ 4,0
2003	13 812	4 423	155	18 390	x	18 390	7 575	+ 7,5	- 14,4
2004	17 013	4 361	207	21 581	x	21 581	7 296	+ 17,4	- 3,7
2005	22 032	3 823	258	26 113	x	26 113	7 104	+ 21,0	- 2,6
Berlin									
1999	410	1 956	2	2 368	x	2 368	2 137	+ 11,7	+ 11,5
2000	656	1 827	30	2 513	x	2 513	2 126	+ 6,1	- 0,5
2001	868	1 697	72	2 637	x	2 637	2 108	+ 4,9	- 0,8
2002	2 706	1 676	68	4 450	x	4 450	2 094	+ 68,8	- 0,7
2003	3 484	1 847	89	5 420	x	5 420	2 161	+ 21,8	+ 3,2
2004	4 268	1 628	106	6 002	x	6 002	1 902	+ 10,7	- 12,0
2005	5 299	1 387	108	6 794	x	6 794	1 722	+ 13,2	- 9,5
Deutschland									
1991	3 564	9 740	x	13 304	39	13 323	8 837	x	x
1992	4 360	10 919	x	15 279	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6
1993	5 842	14 401	x	20 243	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7
1994	6 832	18 054	x	24 886	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4
1995	8 024	20 735	x	28 759	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6
1996	8 610	22 846	x	31 456	53	31 471	25 530	+ 9,3	+ 14,3
1997	8 834	24 529	x	33 363	35	33 398	27 474	+ 6,1	+ 7,6
1998	8 963	24 984	x	33 947	30	33 977	27 828	+ 1,7	+ 1,3
1999	12 255	21 542	241	34 038	x	34 038	26 476	+ 0,2	- 4,9
2000	19 698	21 357	1 204	42 259	x	42 259	28 235	+ 24,2	+ 6,6
2001	25 230	22 360	1 736	49 326	x	49 326	32 278	+ 16,7	+ 14,3
2002	61 690	21 551	1 186	84 427	x	84 427	37 579	+ 71,2	+ 16,4
2003	77 237	22 134	1 352	100 723	x	100 723	39 320	+ 19,3	+ 4,6
2004	95 035	21 450	1 789	118 274	x	118 274	39 213	+ 17,4	- 0,3
2005	115 470	19 279	1 805	136 554	x	136 554	36 843	+ 15,5	- 6,0

1) Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren.

2) Ab 1999 nur noch Insolvenzen.
3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe.
4) Ab 1999 ohne Berlin - West.
5) Ab 1999 ohne Berlin - Ost.

1) Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren.

2) Ab 1999 nur noch Insolvenzen.
3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe.
4) Ab 1999 ohne Berlin - West.
5) Ab 1999 ohne Berlin - Ost.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.2 Personen, denen (bzw. für die) im Berichtszeitraum Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld (Insg) bewilligt wurde*)

Jahr Monat	Einzel- und Sammelanträge			
	von Unternehmen ¹⁾	von Dritten ²⁾	zusammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	bewilligt für ... Personen			%
Früheres Bundesgebiet ³⁾				
1990	55 753	7 719	63 472	– 5,1
1991	58 750	5 285	64 035	+ 0,9
1992	80 615	5 897	86 512	+ 35,1
1993	118 003	8 150	126 153	+ 45,8
1994	116 033	11 797	127 830	+ 1,3
1995	122 900	11 320	134 220	+ 5,0
1996	146 364	13 172	159 536	+ 18,9
1997	145 369	11 589	156 958	– 1,6
1998	138 295	11 968	150 263	– 4,3
1999	141 009	14 170	155 179	+ 3,3
2000	138 604	20 886	159 490	+ 2,8
2001	168 882	19 962	188 844	+ 18,4
2002	204 223	12 988	217 211	+ 15,0
2003	195 094	15 242	210 336	– 3,2
2004	188 123	15 920	204 043	– 3,0
2005	158 899	11 432	170 331	– 16,5
2005 Dezember.....	11 062	683	11 745	– 17,5
Neue Länder und Berlin-Ost ³⁾				
1993	40 238	1 162	41 400	x
1994	60 183	1 534	61 717	+ 49,1
1995	84 056	1 970	86 026	+ 39,4
1996	104 386	2 928	107 314	+ 24,7
1997	102 123	3 002	105 125	– 2,0
1998	97 967	2 754	100 721	– 4,2
1999	81 426	3 001	84 427	– 16,2
2000	83 061	2 672	85 733	+ 1,5
2001	83 072	2 719	85 791	+ 0,1
2002	81 430	2 565	83 995	– 2,1
2003	72 703	2 431	75 134	– 10,5
2004	70 111	2 746	72 857	– 3,0
2005	56 827	2 228	59 055	– 18,9
2005 Dezember.....	3 785	218	4 003	– 26,8
Deutschland				
1993	158 241	9 312	167 553	x
1994	176 216	13 331	189 547	+ 13,1
1995	206 956	13 290	220 246	+ 16,2
1996	250 750	16 100	266 850	+ 21,2
1997	247 492	14 591	262 083	– 1,8
1998	236 262	14 722	250 984	– 4,2
1999	222 435	17 171	239 606	– 4,5
2000	221 665	23 558	245 223	+ 2,3
2001	251 954	22 681	274 635	+ 12,0
2002	285 653	15 553	301 206	+ 9,7
2003	267 797	17 673	285 470	– 5,2
2004	258 234	18 666	276 900	– 3,0
2005	215 726	13 660	229 386	– 17,2
2005 Dezember.....	14 847	901	15 748	– 20,1

*) Endgültige Bewilligung; ohne Anträge von Einzugsstellen auf Entrichtung von Beiträgen.

1) Sammelanträge z.B. von Betriebsrat, Gewerkschaft oder Konkurs- bzw. Insolvenzverwalter.

2) Z.B. von Kreditinstituten aufgrund abgetretener Ansprüche.

3) Ab April 2001 sind durch Gebietsverschiebungen in Berlin Vergleiche mit vorangegangenen Zeiträumen für das Bundesgebiet West und Ost nur eingeschränkt möglich.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

1.3 Wechselproteste und nicht eingelöste Schecks*)

Jahr Monat	Wechselproteste			Nicht eingelöste Schecks		
	Fälle	Betrag	Durchschnitts- betrag je Wechsel	Fälle	Betrag	Durchschnitts- betrag je Scheck
	Anzahl	Mill. EUR	EUR	Anzahl	Mill. EUR	EUR
Deutschland						
2000	31 954	308	9 639	1 048 639	2 479	2 364
2001	29 993	348	11 603	1 019 080	2 366	2 322
2002	24 050	276	11 476	819 559	2 114	2 579
2003	18 838	222	11 785	688 090	1 762	2 561
2004	13 530	115	8 500	524 304	1 421	2 710
2005	9 571	65	6 791	421 629	956	2 267
2005 Dezember	793	3	3 783	31 901	71	2 226

*) Bei Landeszentralbanken und Kreditinstituten (einschl. Teilzahlungskreditinstituten) im Bundesgebiet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt a.M.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.4 Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten von Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Ländern

Deutschland
Jahr 2004 und 2005

Nummer der WZ 2003 ¹⁾	Wirtschaftszweig Rechtsform Land	Insolvenzen		Unternehmen ²⁾	Unternehmen ²⁾	Insolvenzhäufigkeiten ³⁾	
		2004	2005	2004	2005	2004	2005
		Anzahl					
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe)							
A-K, M-O	Unternehmen (einschl. Kleingewerbe) .	39 213	36 843	2 957 173	.	133	125
nach Wirtschaftszweigen							
A	Land- und Forstwirtschaft	681	620	74 234	.	X	X
B	Fischerei und Fischzucht	6	9	885	.	X	X
C	Bergbau und Gew. v. Steinen und Erden	27	24	2 681	.	101	90
D	Verarbeitendes Gewerbe	3 996	3 507	277 054	.	144	127
E	Energie- und Wasserversorgung	44	25	13 781	.	32	18
F	Baugewerbe	8 595	7 829	308 035	.	279	254
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz und Gebrauchsgütern	7 831	7 522	702 353	.	111	107
H	Gastgewerbe	3 437	3 175	244 871	.	140	130
I	Verkehr- und Nachrichten- übermittlung	2 538	2 530	125 564	.	202	201
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	440	529	15 521	.	X	X
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen usw.	8 787	8 271	823 136	.	107	101
M	Erziehung und Unterricht	270	275	30 595	.	88	90
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	638	695	44 973	.	142	155
O	Erbringung sonst. öff. u. persönl. Dienstleistungen	1 923	1 832	293 490	.	66	62
nach der Rechtsform des Unternehmens							
	Einzelunternehmen ⁴⁾	16 299	16 774	2 064 135	.	79	81
	Personengesellschaften (OHG, KG)	3 071	2 744	375 909	.	82	73
	Gesellschaften m.b.H.	18 938	16 414	855 000	.	221	192
	Aktiengesellschaften, KGaA	415	344	16 000	.	259	215
	Sonstige Unternehmen	490	567	49 035	.	100	116
nach Ländern							
	Baden-Württemberg	3 190	2 893	412 020	.	77	70
	Bayern	4 564	4 289	526 174	.	87	82
	Berlin	1 902	1 722	113 917	.	167	151
	Brandenburg	1 259	1 242	78 836	.	160	158
	Bremen	324	306	21 858	.	148	140
	Hamburg	896	818	78 801	.	114	104
	Hessen	2 383	2 214	235 001	.	101	94
	Mecklenburg-Vorpommern	1 029	948	50 305	.	205	188
	Niedersachsen	3 166	3 290	253 250	.	125	130
	Nordrhein-Westfalen	12 012	10 758	628 567	.	191	171
	Rheinland-Pfalz	1 557	1 659	151 108	.	103	110
	Saarland	407	403	34 138	.	119	118
	Sachsen	2 344	2 465	135 984	.	172	181
	Sachsen-Anhalt	1 675	1 420	65 294	.	257	217
	Schleswig-Holstein	1 516	1 387	99 157	.	153	140
	Thüringen	989	1 029	72 763	.	136	141

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

2) Quelle: Umsatzsteuerstatistik 2004; Ausnahmen bei GmbH, AG und KGaA: Vorläufige Schätzung.

3) Bezogen auf 10 000 Unternehmen.

4) Einschl. nicht ins Handelsregister eingetragener Unternehmen sowie Kleingewerbe.

2 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter
und Zahl der Beschäftigten
Dezember 2005

Gegenstand der Nachweisung	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäftigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
					Anzahl			
	Insgesamt							
Insgesamt	11 022	1 554	155	12 731	10 320	23,4	13 319	2 685 102
nach Art der Verfahren								
Eröffnetes Verfahren	11 022	X	X	11 022	8 469	30,1	11 977	2 314 004
Mangels Masse abgewiesene Anträge	X	1 554	X	1 554	1 724	- 9,9	1 342	358 824
Verfahren mit Schuldenbereinigungsplan	X	X	155	155	127	22,0	X	12 274
nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen								
Forderungen von ... bis unter ... Euro								
Unter 5 000	277	174	10	461	359	28,4	149	1 392
5 000 - 50 000	5 687	574	94	6 355	4 516	40,7	563	152 882
50 000 - 250 000	3 452	524	39	4 015	3 522	14,0	2 318	455 309
250 000 - 500 000	740	114	3	857	899	- 4,7	1 767	298 079
500 000 - 1 Mill.	398	77	4	479	469	2,1	2 094	332 500
1 Mill. - 5 Mill.	318	75	2	395	383	3,1	3 665	799 897
5 Mill. - 25 Mill.	47	6	-	53	63	- 15,9	2 009	501 475
25 Mill. und mehr	3	-	-	3	13	- 76,9	669	143 569
Unbekannt	100	10	3	113	96	17,7	85	X
Unternehmen								
Zusammen	1 895	1 044	X	2 939	3 243	- 9,4	13 319	1 495 139
nach Rechtsformen								
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe..	1 030	279	X	1 309	1 408	- 7,0	1 979	348 700
Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	166	83	X	249	240	3,8	3 465	328 431
dar. GmbH Co. KG	120	37	X	157	145	8,3	3 244	265 244
GbR	23	28	X	51	63	- 19,0	57	20 299
Gesellschaften m.b.H.	664	644	X	1 308	1 502	- 12,9	7 508	783 891
Aktiengesellschaften, KGaA	14	6	X	20	41	- 51,2	236	29 489
Sonstige Rechtsformen	21	32	X	53	52	1,9	131	4 627
nach dem Alter der Unternehmen								
Unter 8 Jahre alt	896	626	X	1 522	1 398	8,9	6 420	614 810
dar. bis 3 Jahre alt	420	338	X	758	787	- 3,7	3 697	267 130
8 Jahre und älter	649	301	X	950	1 007	- 5,7	6 247	685 400
Unbekannt	350	117	X	467	838	- 44,3	652	194 929
nach der Zahl der Beschäftigten								
Kein Beschäftigter	778	516	X	1 294	1 450	- 10,8	X	468 291
1 Beschäftigte(r)	175	134	X	309	329	- 6,1	309	80 985
2 bis 5 Beschäftigte	298	130	X	428	511	- 16,2	1 317	161 570
6 bis 10 Beschäftigte	149	42	X	191	196	- 2,6	1 482	90 677
11 bis 100 Beschäftigte	211	25	X	236	297	- 20,5	6 910	331 733
Mehr als 100 Beschäftigte	16	-	X	16	24	- 33,3	3 301	118 449
Unbekannt	268	197	X	465	436	6,7	X	243 436
Übrige Schuldner								
Zusammen	9 127	510	155	9 792	7 077	38,4	X	1 189 963
Natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä. ...	243	37	X	280	326	- 14,1	X	119 232
Ehemals selbständig Tätige 1).....	1 494	270	X	1 764	1 627	8,4	X	457 506
Ehemals selbständig Tätige 2).....	398	13	11	422	337	25,2	X	68 857
Verbraucher	6 891	28	144	7 063	4 596	53,7	X	451 203
Nachlässe	101	162	X	263	191	37,7	X	93 165

1) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind.

2) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Dezember 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäf- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
A-K,								
M-O	Insgesamt	1 895	1 044	2 939	3 243	- 9,4	13 319	1 495 139
A	Land- u. Forstwirtschaft	35	13	48	57	- 15,8	150	20 893
01	Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	33	12	45	54	- 16,7	59	16 891
02	Forstwirtschaft	2	1	3	3	0,0	91	4 003
B	Fischerei u. Fischzucht	1	1	2	-	X	-	239
C	Bergbau u. Gew. v. Steinen u. Erden	1	2	3	2	50,0	5	1 977
D	Verarbeitendes Gewerbe	210	82	292	333	- 12,3	4 511	292 593
15	Ernährungsgewerbe	36	12	48	34	41,2	310	15 048
16	Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-
17	Textilgewerbe	5	-	5	6	- 16,7	487	15 505
18	Bekleidungsgewerbe	11	1	12	4	200,0	364	17 115
19	Ledergewerbe	1	-	1	4	- 75,0	7	167
20	Holzgewerbe (ohne Herst. von Möbeln)	16	9	25	18	38,9	847	46 983
21	Papiergewerbe	1	-	1	1	0,0	29	1 361
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	17	11	28	33	- 15,2	202	18 419
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	-	-	-	-	-	-	-
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen .	5	2	7	7	0,0	55	20 829
25	Herst.von Gummi- u. Kunststoffwaren	9	3	12	23	- 47,8	315	14 527
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	8	1	9	11	- 18,2	74	5 073
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	5	3	8	6	33,3	86	5 020
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	48	13	61	85	- 28,2	572	38 867
29	Maschinenbau	16	9	25	45	- 44,4	132	20 953
30	Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	1	1	2	5	- 60,0	4	2 900
31	Herstellung v. Geräten d. Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u.Ä.	3	2	5	12	- 58,3	36	3 781
32	Rundfunk-, und Nachrichtentechnik	1	1	2	6	- 66,7	29	882
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Optik, Uhren	8	7	15	13	15,4	52	5 292
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3	1	4	2	100,0	695	48 050
35	Sonstiger Fahrzeugbau	2	1	3	2	50,0	-	1 096
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	13	3	16	13	23,1	215	9 998
37	Recycling	1	2	3	3	0,0	-	728
E	Energie- u. Wasserversorgung	-	-	-	2	X	-	-
F	Baugewerbe	355	203	558	730	- 23,6	2 073	179 617
45.1	Vorbereitende Baustellenarbeiten	12	6	18	29	- 37,9	34	5 821
45.2	Hoch- u. Tiefbau	167	104	271	331	- 18,1	1 032	109 998
45.3	Bauinstallation	95	42	137	178	- 23,0	511	31 514
45.4	Sonstiges Baugewerbe	81	51	132	192	- 31,3	496	32 284
45.5	Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	-	-	-	-	-	-	-
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	440	194	634	646	- 1,9	2 533	386 252
50	Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz; Tankstellen	91	27	118	102	15,7	901	98 166
51	Handelsvermittlung u. Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	119	67	186	217	- 14,3	779	197 195
51.1	Handelsvermittlung	37	20	57	62	- 8,1	69	59 578
51.2	Gh. mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	3	4	7	5	40,0	24	6 431
51.3	Gh. mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	6	5	11	18	- 38,9	38	8 905
51.4	Gh. mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	24	15	39	49	- 20,4	295	41 424
51.5	Gh. mit nicht landwirtschaftlichen							

3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

Dezember 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäf- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
Anzahl					%	Anzahl	1 000 EURO	
	Halbwaren, Altmaterial u. Reststoffen ..	26	7	33	25	32,0	237	50 558
51.8	Gh. mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	12	9	21	35	- 40,0	106	13 335
51.9	Sonstiger Großhandel	11	7	18	23	- 21,7	10	16 963
52	Eh. (ohne Handel m. Kfz u.ohne Tankst.); Reparatur von Gebrauchsgütern	230	100	330	327	0,9	853	90 890
52.1	Eh. mit Waren verschiedener Art	31	9	40	41	- 2,4	213	21 402
52.2	Fach-Eh. mit Nahrungsmitteln usw.	20	8	28	35	- 20,0	50	4 125
52.3	Apotheken; Fach-Eh. mit medizinisch orthopädischen und kosmetischen Artikeln	6	1	7	13	- 46,2	26	2 427
52.4	Sonstiger Facheinzelhandel	148	73	221	213	3,8	442	53 477
52.5	Eh. m. Antiquitäten u. Gebrauchtwaren ...	4	2	6	2	200,0	17	816
52.6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) ..	12	5	17	12	41,7	95	7 222
52.7	Reparatur von Gebrauchsgütern	9	2	11	11	0,0	10	1 422
H	Gastgewerbe	173	78	251	255	- 1,6	529	41 722
I	Verkehr u. Nachrichten- übermittlung	150	66	216	211	2,4	1 172	61 309
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	65	29	94	102	- 7,8	438	26 862
61	Schifffahrt	-	-	-	2	X	-	-
62	Luftfahrt	-	-	-	1	X	-	-
63	Hilfs- u. Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	65	30	95	74	28,4	588	30 452
	darunter:							
63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter	13	7	20	27	- 25,9	29	4 318
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	47	20	67	40	67,5	553	24 880
64	Nachrichtenübermittlung	20	7	27	32	- 15,6	146	3 995
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	35	9	44	35	25,7	15	34 961
65	Kreditgewerbe	2	-	2	-	X	-	25 000
	darunter:							
65.2	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	2	-	2	-	X	-	25 000
66	Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-
67	Kredit- u. Versicherungs- hilfsgewerbe	33	9	42	35	20,0	15	9 961
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen, wirtschaftliche Dienstleistungen	349	303	652	697	- 6,5	1 764	394 949
70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	71	75	146	174	- 16,1	151	123 594
70.1	Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	29	43	72	69	4,3	56	73 450
70.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	12	9	21	27	- 22,2	31	13 471
70.3	Vermittlung und Verwaltung von fremden Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	30	23	53	78	- 32,1	64	36 673
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	7	10	17	12	41,7	23	2 234
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	36	17	53	68	- 22,1	266	28 512
73	Forschung u. Entwicklung	2	1	3	11	- 72,7	9	2 789
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	233	200	433	432	0,2	1 315	237 820
74.1	Rechts-, Steuer- und Unter- nehmensberatung usw.	86	90	176	161	9,3	288	145 017
74.2	Architektur- u. Ingenieurbüros	33	30	63	71	- 11,3	139	30 522
74.3	Technische, physikalische u. chemische Untersuchung	4	-	4	5	- 20,0	18	6 149
74.4	Werbung	27	18	45	44	2,3	140	9 289
74.5	Personalvermittlung usw.	5	3	8	17	- 52,9	45	565
74.6	Wach- und Sicherheitsdienste, Detekteien .	11	4	15	15	0,0	132	4 293
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	18	13	31	44	- 29,5	265	3 232
74.8	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	49	42	91	75	21,3	288	38 753
M	Erziehung u. Unterricht	14	6	20	24	- 16,7	99	3 541
N	Gesundheits-, Veterinär- und							

3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

Dezember 2005

Dezember 2003								
Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g. = andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäf- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EURO	
	Sozialwesen	39	15	54	65	- 16,9	135	25 662
O	Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	93	72	165	186	- 11,3	333	51 424
90	Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstiger Entsorgung	1	4	5	11	- 54,5	17	645
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	1	8	9	6	50,0	5	3 792
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	44	32	76	70	8,6	129	33 310
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	47	28	75	99	- 24,2	182	13 677
	darunter:							
93.01	Wäscherei und chemische Reinigung	5	3	8	11	- 27,3	95	2 441
93.02	Frisör- und Kosmetiksalons	19	11	30	47	- 36,2	49	3 430

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

4 Insolvenzen nach Ländern
Dezember 2005

Land	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäft- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
Anzahl					%	Anzahl	1 000 EURO	
Insgesamt								
Deutschland	11 022	1 554	155	12 731	10 320	23,4	13 319	2 685 102
Baden-Württemberg	1 103	253	51	1 407	1 037	35,7	1 336	348 386
Bayern	1 110	213	14	1 337	1 292	3,5	1 654	385 356
Berlin	504	118	4	626	496	26,2	291	141 812
Brandenburg	391	60	5	456	308	48,1	313	77 600
Bremen	200	15	-	215	91	136,3	2	21 384
Hamburg	386	21	-	407	277	46,9	238	53 471
Hessen	678	125	2	805	626	28,6	895	210 947
Mecklenburg-Vorpommern	373	30	2	405	305	32,8	269	55 134
Niedersachsen	1 426	102	3	1 531	1 335	14,7	2 556	322 750
Nordrhein-Westfalen	2 434	278	33	2 745	2 339	17,4	3 346	507 700
Rheinland-Pfalz	506	73	14	593	464	27,8	734	114 659
Saarland	180	10	-	190	152	25,0	196	17 933
Sachsen	599	119	5	723	544	32,9	609	137 287
Sachsen-Anhalt	379	57	17	453	373	21,4	294	129 765
Schleswig-Holstein	468	36	4	508	426	19,2	389	92 731
Thüringen	285	44	1	330	255	29,4	197	68 189
darunter Unternehmen								
Deutschland	1 895	1 044	X	2 939	3 243	- 9,4	13 319	1 495 139
Baden-Württemberg	171	148	X	319	288	10,8	1 336	195 793
Bayern	213	144	X	357	379	- 5,8	1 654	180 538
Berlin	43	89	X	132	140	- 5,7	291	58 402
Brandenburg	44	46	X	90	78	15,4	313	37 700
Bremen	9	9	X	18	27	- 33,3	2	11 678
Hamburg	56	18	X	74	86	- 14,0	238	23 222
Hessen	98	77	X	175	155	12,9	895	130 778
Mecklenburg-Vorpommern	66	19	X	85	88	- 3,4	269	31 428
Niedersachsen	175	70	X	245	332	- 26,2	2 556	179 370
Nordrhein-Westfalen	594	228	X	822	957	- 14,1	3 346	344 642
Rheinland-Pfalz	92	45	X	137	120	14,2	734	54 903
Saarland	27	5	X	32	54	- 40,7	196	7 392
Sachsen	124	64	X	188	191	- 1,6	609	64 323
Sachsen-Anhalt	68	36	X	104	144	- 27,8	294	85 955
Schleswig-Holstein	68	24	X	92	114	- 19,3	389	55 049
Thüringen	47	22	X	69	90	- 23,3	197	33 964

5 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter
und Zahl der Beschäftigten
Jahr 2005

Gegenstand der Nachweisung	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäftigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
Anzahl					%	Anzahl	1 000 EURO	
Insgesamt								
Insgesamt	115 470	19 279	1 805	136 554	118 274	15,5	168 219	35 914 444
nach Art der Verfahren								
Eröffnetes Verfahren	115 470	X	X	115 470	95 035	21,5	152 615	30 815 010
Mangels Masse abgewiesene Anträge	X	19 279	X	19 279	21 450	- 10,1	15 604	4 957 700
Verfahren mit Schuldenbereinigungsplan	X	X	1 805	1 805	1 789	0,9	X	141 734
nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen								
Forderungen von ... bis unter ... Euro								
Unter 5 000	2 471	2 030	100	4 601	3 638	26,5	745	13 755
5 000 - 50 000	56 177	6 992	1 146	64 315	48 771	31,9	7 904	1 553 833
50 000 - 250 000	38 024	6 679	442	45 145	42 062	7,3	28 284	5 192 562
250 000 - 500 000	8 842	1 656	50	10 548	10 615	- 0,6	21 562	3 648 194
500 000 - 1 Mill.	4 648	894	32	5 574	5 888	- 5,3	22 800	3 830 852
1 Mill. - 5 Mill.	3 692	695	15	4 402	4 874	- 9,7	42 401	8 695 399
5 Mill. - 25 Mill.	619	116	-	735	827	- 11,1	23 543	6 975 601
25 Mill. und mehr	80	7	-	87	119	- 26,9	20 096	6 004 248
Unbekannt	917	210	20	1 147	1 480	- 22,5	884	X
Unternehmen								
Zusammen	23 247	13 596	X	36 843	39 213	- 6,0	168 219	22 795 165
nach Rechtsformen								
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe..	12 991	3 783	X	16 774	16 299	2,9	24 281	4 500 431
Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1 609	1 135	X	2 744	3 071	- 10,6	34 737	3 954 317
dar. GmbH Co. KG	1 048	568	X	1 616	1 788	- 9,6	29 498	3 078 898
GbR	306	398	X	704	789	- 10,8	1 932	382 604
Gesellschaften m.b.H.	8 205	8 209	X	16 414	18 938	- 13,3	97 741	12 623 357
Aktiengesellschaften, KGaA	214	130	X	344	415	- 17,1	9 029	1 394 717
Sonstige Rechtsformen	228	339	X	567	490	15,7	2 431	322 344
nach dem Alter der Unternehmen								
Unter 8 Jahre alt	8 844	7 082	X	15 926	16 484	- 3,4	61 730	7 713 733
dar. bis 3 Jahre alt	4 140	3 607	X	7 747	7 805	- 0,7	30 600	3 265 904
8 Jahre und älter	7 640	4 046	X	11 686	12 196	- 4,2	94 166	12 304 702
Unbekannt	6 763	2 468	X	9 231	10 533	- 12,4	12 323	2 776 730
nach der Zahl der Beschäftigten								
Kein Beschäftigter	9 779	6 892	X	16 671	16 779	- 0,6	X	7 096 657
1 Beschäftigte(r)	2 186	1 710	X	3 896	4 345	- 10,3	3 896	1 319 269
2 bis 5 Beschäftigte	3 830	1 704	X	5 534	6 231	- 11,2	17 227	1 966 765
6 bis 10 Beschäftigte	1 723	418	X	2 141	2 435	- 12,1	16 484	1 161 046
11 bis 100 Beschäftigte	2 729	252	X	2 981	3 564	- 16,4	81 020	6 232 570
Mehr als 100 Beschäftigte	190	-	X	190	227	- 16,3	49 592	2 163 529
Unbekannt	2 810	2 620	X	5 430	5 632	- 3,6	X	2 855 330
Übrige Schuldner								
Zusammen	92 223	5 683	1 805	99 711	79 061	26,1	X	13 119 279
Natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä. ...	2 700	746	X	3 446	4 237	- 18,7	X	1 531 976
Ehemals selbständig Tätige 1).....	16 942	2 977	X	19 919	19 383	2,8	X	5 154 576
Ehemals selbständig Tätige 2).....	4 539	148	131	4 818	3 868	24,6	X	1 039 996
Verbraucher	66 945	279	1 674	68 898	49 123	40,3	X	4 731 218
Nachlässe	1 097	1 533	X	2 630	2 450	7,3	X	661 513

1) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind.

2) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

Jahr 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäft- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
Jan. 2003								
A-K,								
M-O	Insgesamt	23 247	13 596	36 843	39 213	- 6,0	168 219	22 795 165
A	Land- u. Forstwirtschaft	431	189	620	681	- 9,0	1 340	273 477
01	Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	402	183	585	644	- 9,2	1 212	203 287
02	Forstwirtschaft	29	6	35	37	- 5,4	128	70 190
B	Fischerei u. Fischzucht	6	3	9	6	50,0	-	5 165
C	Bergbau u. Gew. v. Steinen u. Erden	16	8	24	27	- 11,1	184	30 000
D	Verarbeitendes Gewerbe	2 529	978	3 507	3 996	- 12,2	47 396	3 799 555
15	Ernährungsgewerbe	332	116	448	461	- 2,8	4 658	321 182
16	Tabakverarbeitung	2	-	2	-	X	5	315
17	Textilgewerbe	58	17	75	67	11,9	1 803	111 630
18	Bekleidungsgewerbe	61	23	84	83	1,2	2 511	161 662
19	Ledergewerbe	9	6	15	19	- 21,1	318	11 868
20	Holzgewerbe (ohne Herst. von Möbeln)	156	75	231	259	- 10,8	2 113	172 534
21	Papiergewerbe	19	4	23	30	- 23,3	256	27 457
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	274	109	383	390	- 1,8	3 319	291 675
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	-	2	2	5	- 60,0	-	1 904
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen .	52	25	77	76	1,3	725	148 522
25	Herst.von Gummi- u. Kunststoffwaren	97	38	135	173	- 22,0	5 681	318 417
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	95	33	128	176	- 27,3	1 810	176 494
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	46	17	63	85	- 25,9	1 183	101 175
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	558	194	752	901	- 16,5	7 842	542 591
29	Maschinenbau	289	97	386	498	- 22,5	5 530	475 583
30	Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	11	4	15	26	- 42,3	240	17 755
31	Herstellung v. Geräten d. Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u.Ä.	68	34	102	126	- 19,0	1 428	112 339
32	Rundfunk-, und Nachrichtentechnik	46	25	71	68	4,4	1 450	104 266
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Optik, Uhren	100	66	166	158	5,1	902	90 115
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	39	15	54	53	1,9	1 688	127 836
35	Sonstiger Fahrzeugbau	29	5	34	36	- 5,6	446	225 873
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	151	44	195	233	- 16,3	3 212	217 480
37	Recycling	37	29	66	73	- 9,6	276	40 884
E	Energie- u. Wasserversorgung	16	9	25	44	- 43,2	767	28 848
F	Baugewerbe	4 897	2 932	7 829	8 595	- 8,9	32 484	2 804 553
45.1	Vorbereitende Baustellenarbeiten	136	99	235	296	- 20,6	662	75 170
45.2	Hoch- u. Tiefbau	2 161	1 346	3 507	3 918	- 10,5	19 359	1 744 080
45.3	Bauinstallation	1 314	723	2 037	2 212	- 7,9	6 855	533 619
45.4	Sonstiges Baugewerbe	1 281	757	2 038	2 155	- 5,4	5 558	445 199
45.5	Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	5	7	12	14	- 14,3	50	6 484
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	4 955	2 567	7 522	7 831	- 3,9	32 670	3 830 870
50	Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz; Tankstellen	877	369	1 246	1 208	3,1	6 540	986 575
51	Handelsvermittlung u. Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	1 332	935	2 267	2 353	- 3,7	8 618	1 467 378
51.1	Handelsvermittlung	436	245	681	616	10,6	828	285 216
51.2	Gh. mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	43	17	60	56	7,1	325	37 841
51.3	Gh. mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	101	84	185	227	- 18,5	1 072	126 520
51.4	Gh. mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	269	231	500	507	- 1,4	3 293	355 537
51.5	Gh. mit nicht landwirtschaftlichen							

6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Jahr 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genann! Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäft- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
	Halbwaren, Altmaterial u. Reststoffen ..	224	138	362	406	- 10,8	1 673	356 193
51.8	Gh. mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	178	125	303	356	- 14,9	1 019	190 081
51.9	Sonstiger Großhandel	81	95	176	185	- 4,9	408	115 990
52	Eh. (ohne Handel m. Kfz u.ohne Tankst.); Reparatur von Gebrauchsgütern	2 746	1 263	4 009	4 270	- 6,1	17 512	1 376 916
52.1	Eh. mit Waren verschiedener Art	343	153	496	456	8,8	990	111 696
52.2	Fach-Eh. mit Nahrungsmitteln usw.	295	115	410	435	- 5,7	1 515	105 469
52.3	Apotheken; Fach-Eh. mit medizinisch orthopädischen und kosmetischen Artikeln	87	36	123	108	13,9	7 746	231 063
52.4	Sonstiger Facheinzelhandel	1 762	849	2 611	2 899	- 9,9	6 493	843 342
52.5	Eh. m. Antiquitäten u. Gebrauchtwaren ...	59	19	78	79	- 1,3	42	16 988
52.6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) ..	140	71	211	184	14,7	531	52 012
52.7	Reparatur von Gebrauchsgütern	60	20	80	109	- 26,6	195	16 347
H	Gastgewerbe	2 099	1 076	3 175	3 437	- 7,6	5 957	670 584
I	Verkehr u. Nachrichten- übermittlung	1 721	809	2 530	2 538	- 0,3	11 472	748 746
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	857	291	1 148	1 126	2,0	4 721	305 292
61	Schifffahrt	10	6	16	17	- 5,9	63	16 643
62	Luftfahrt	3	1	4	8	- 50,0	17	1 062
63	Hilfs- u. Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	620	391	1 011	987	2,4	5 428	373 280
	darunter:							
63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter	125	127	252	251	0,4	406	53 257
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	460	242	702	679	3,4	4 879	301 471
64	Nachrichtenübermittlung	231	120	351	400	- 12,3	1 243	52 471
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	363	166	529	440	20,2	295	1 188 440
65	Kreditgewerbe	7	4	11	11	0,0	9	26 930
	darunter:							
65.2	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	7	4	11	11	0,0	9	26 930
66	Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-
67	Kredit- u. Versicherungs- hilfsgewerbe	356	162	518	429	20,7	286	1 161 510
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen, wirtschaftliche Dienstleistungen	4 300	3 971	8 271	8 787	- 5,9	24 662	8 221 643
70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	939	997	1 936	2 041	- 5,1	2 234	3 722 017
70.1	Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	375	474	849	881	- 3,6	926	1 277 314
70.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	142	101	243	270	- 10,0	546	1 171 375
70.3	Vermittlung und Verwaltung von fremden Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	422	422	844	890	- 5,2	762	1 273 329
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	110	96	206	218	- 5,5	470	77 502
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	406	315	721	756	- 4,6	2 808	318 938
73	Forschung u. Entwicklung	32	25	57	89	- 36,0	184	34 187
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	2 813	2 538	5 351	5 683	- 5,8	18 966	4 068 999
74.1	Rechts-, Steuer- und Unter- nehmensberatung usw.	869	1 209	2 078	2 233	- 6,9	5 258	2 579 852
74.2	Architektur- u. Ingenieurbüros	557	417	974	1 049	- 7,1	3 646	656 067
74.3	Technische, physikalische u. chemische Untersuchung	21	10	31	35	- 11,4	78	17 067
74.4	Werbung	256	185	441	484	- 8,9	1 079	112 104
74.5	Personalvermittlung usw.	111	44	155	216	- 28,2	1 577	59 354
74.6	Wach- und Sicherheitsdienste, Detekteien .	109	52	161	134	20,1	1 164	46 231
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	293	177	470	480	- 2,1	3 035	66 263
74.8	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	597	444	1 041	1 052	- 1,0	3 129	532 062
M	Erziehung u. Unterricht	184	91	275	270	1,9	1 370	135 989
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	559	136	695	638	8,9	4 992	386 817

6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Jahr 2005

		Janr 2005						
Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genann Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäft- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EURO	
O	Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	1 171	661	1 832	1 923	- 4,7	4 630	670 477
90	Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstiger Entsorgung	56	33	89	93	- 4,3	540	57 558
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	40	83	123	105	17,1	438	48 036
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	435	254	689	766	- 10,1	1 780	414 943
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	640	291	931	959	- 2,9	1 872	149 941
	darunter:							
93.01	Wäscherei und chemische Reinigung	78	23	101	110	- 8,2	399	21 591
93.02	Frisör- und Kosmetiksalons	279	119	398	405	- 1,7	771	42 411

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

7 Insolvenzen nach Monaten
Jahr 2005

Jan. 2005

Monat	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäf- tigte	Voraus- sicht- liche Förde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
Anzahl					%	Anzahl	1 000 EURO	
Insgesamt								
Alle Monate	115 470	19 279	1 805	136 554	118 274	15,5	168 219	35 914 444
Januar	8 037	1 483	132	9 652	8 622	11,9	12 165	2 414 710
Februar	8 223	1 631	164	10 018	8 667	15,6	12 944	2 513 380
März	9 311	1 809	158	11 278	10 829	4,1	15 445	3 919 762
April	9 725	1 768	163	11 656	9 574	21,7	17 947	2 936 597
Mai	9 020	1 614	131	10 765	9 074	18,6	13 408	2 752 571
Juni	10 137	1 730	168	12 035	10 070	19,5	17 639	3 798 450
Juli	9 751	1 625	153	11 529	10 161	13,5	11 985	3 704 599
August	10 122	1 669	149	11 940	9 985	19,6	13 866	2 946 941
September	9 765	1 458	138	11 361	10 203	11,3	20 165	2 970 988
Oktober	9 528	1 464	139	11 131	9 980	11,5	9 950	2 582 052
November	10 829	1 474	155	12 458	10 789	15,5	9 386	2 689 291
Dezember	11 022	1 554	155	12 731	10 320	23,4	13 319	2 685 102
darunter Unternehmen								
Alle Monate	23 247	13 596	X	36 843	39 213	- 6,0	168 219	22 795 165
Januar	1 749	1 077	X	2 826	3 030	- 6,7	12 165	1 441 605
Februar	1 817	1 145	X	2 962	3 082	- 3,9	12 944	1 552 346
März	2 090	1 307	X	3 397	3 755	- 9,5	15 445	2 650 722
April	2 166	1 256	X	3 422	3 496	- 2,1	17 947	1 868 672
Mai	1 957	1 143	X	3 100	3 131	- 1,0	13 408	1 614 703
Juni	2 210	1 236	X	3 446	3 445	0,0	17 639	2 655 519
Juli	1 958	1 163	X	3 121	3 409	- 8,4	11 985	2 652 078
August	1 970	1 133	X	3 103	3 141	- 1,2	13 866	1 768 468
September	1 869	1 008	X	2 877	3 241	- 11,2	20 165	1 837 558
Oktober	1 798	1 030	X	2 828	3 078	- 8,1	9 950	1 658 966
November	1 768	1 054	X	2 822	3 162	- 10,8	9 386	1 599 389
Dezember	1 895	1 044	X	2 939	3 243	- 9,4	13 319	1 495 139

8 Insolvenzen nach Ländern
Jahr 2005

Jan. 2005

Land	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu- bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäft- tigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
Anzahl					%	Anzahl	1 000 EURO	
Insgesamt								
Deutschland	115 470	19 279	1 805	136 554	118 274	15,5	168 219	35 914 444
Baden-Württemberg	10 665	2 270	468	13 403	11 590	15,6	12 606	3 375 374
Bayern	12 934	2 451	136	15 521	13 522	14,8	24 429	4 873 124
Berlin	5 299	1 387	108	6 794	6 002	13,2	6 452	2 699 536
Brandenburg	4 188	657	58	4 903	4 185	17,2	3 573	1 148 676
Bremen	1 549	227	15	1 791	1 527	17,3	1 145	519 111
Hamburg	3 232	214	9	3 455	2 947	17,2	2 644	1 276 296
Hessen	7 095	1 533	80	8 708	7 530	15,6	10 910	3 637 084
Mecklenburg-Vorpommern	3 411	371	54	3 836	3 413	12,4	3 073	731 922
Niedersachsen	14 965	1 734	83	16 782	14 197	18,2	25 314	3 688 404
Nordrhein-Westfalen	25 131	3 899	388	29 418	26 980	9,0	46 648	7 291 848
Rheinland-Pfalz	5 480	905	188	6 573	5 476	20,0	6 998	1 391 548
Saarland	2 014	174	20	2 208	1 938	13,9	2 674	250 594
Sachsen	6 607	1 580	57	8 244	6 523	26,4	9 118	1 990 161
Sachsen-Anhalt	4 551	633	76	5 260	4 280	22,9	4 244	1 128 136
Schleswig-Holstein	5 074	662	52	5 788	4 984	16,1	4 836	958 658
Thüringen	3 275	582	13	3 870	3 180	21,7	3 555	953 972
darunter Unternehmen								
Deutschland	23 247	13 596	X	36 843	39 213	- 6,0	168 219	22 795 165
Baden-Württemberg	1 580	1 313	X	2 893	3 190	- 9,3	12 606	1 836 973
Bayern	2 504	1 785	X	4 289	4 564	- 6,0	24 429	3 008 990
Berlin	663	1 059	X	1 722	1 902	- 9,5	6 452	1 653 800
Brandenburg	724	518	X	1 242	1 259	- 1,4	3 573	662 803
Bremen	150	156	X	306	324	- 5,6	1 145	393 890
Hamburg	632	186	X	818	896	- 8,7	2 644	976 155
Hessen	1 192	1 022	X	2 214	2 383	- 7,1	10 910	2 449 210
Mecklenburg-Vorpommern	716	232	X	948	1 029	- 7,9	3 073	434 377
Niedersachsen	2 103	1 187	X	3 290	3 166	3,9	25 314	2 171 164
Nordrhein-Westfalen	7 440	3 318	X	10 758	12 012	- 10,4	46 648	5 569 930
Rheinland-Pfalz	1 067	592	X	1 659	1 557	6,6	6 998	785 106
Saarland	288	115	X	403	407	- 1,0	2 674	85 835
Sachsen	1 531	934	X	2 465	2 344	5,2	9 118	1 070 718
Sachsen-Anhalt	949	471	X	1 420	1 675	- 15,2	4 244	669 627
Schleswig-Holstein	1 007	380	X	1 387	1 516	- 8,5	4 836	491 195
Thüringen	701	328	X	1 029	989	4,0	3 555	535 392

9 Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter
nach Forderungsgrößenklassen
Jahr 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich Rechtsform Alter	Ins- gesamt	Verfahren mit geltend gemachten Forderungen von ... EURO									Voraus- sicht- liche Forde- rungen	
				5000	50000	250000	500000	1 Mio.	5 Mio.	25 Mio.	Forder- ungen		
			unter 5000	bis unter 50000	bis unter 250000	bis unter 500000	bis unter 1 Mio.	bis unter 5 Mio.	bis unter 25 Mio.	und mehr	unbe- kannt		
			Anzahl										1000 EURO
Insgesamt			136 554	4 601	64315	45145	10548	5 574	4 402	735	87	1 147	35914444
A-K, Zusammen			36 843	1 065	8 513	15031	5 177	3 243	2 921	573	72	248	22795165
M-O													
nach Wirtschaftsbereichen													
A	Land- u. Forstwirtschaft	620	27	158	238	81	65	41	6	1	3	273 477	
B	Fischerei u. Fischzucht	9	-	2	3	2	1	1	-	-	-	5 165	
C	Bergbau u. Gewinn. v. Stein u. Erden .	24	-	1	4	5	2	11	1	-	-	30 000	
D	Verarbeitendes Gewerbe	3 507	65	442	1 220	610	466	532	126	14	32	3 799 555	
E	Energie u. Wasserversorgung	25	4	1	10	2	3	4	1	-	-	28 848	
F	Baugewerbe	7 829	209	1 897	3 458	1 150	618	409	36	4	48	2 804 553	
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	7 522	168	1 546	3 233	1 148	718	570	88	6	45	3 830 870	
H	Gastgewerbe	3 175	146	1 072	1 383	321	138	86	9	1	19	670 584	
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ...	2 530	77	579	1 113	390	208	131	10	-	22	748 746	
J	Kredit u. Versicherungsgewerbe	529	14	130	239	57	46	31	6	3	3	1 188 440	
K	Grundst., Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen usw.	8 271	251	1 913	2 992	1 071	766	921	256	40	61	8 221 643	
M	Erziehung u. Unterricht	275	4	77	109	44	16	13	10	-	2	135 989	
N	Gesundh., Veterinär- u. Sozialwesen .	695	16	104	242	144	95	79	10	-	5	386 817	
O	Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	1 832	84	591	787	152	101	92	14	3	8	670 477	
nach Rechtsformen													
Einzeluntern., Freie Berufe, Kleingewerbe u.Ä.			16 774	575	4 631	7 365	2 212	1 144	697	65	5	80	4 500 431
Personengesellsch. (OHG, KG, GbR)			2 744	65	411	851	408	338	498	139	16	18	3 954 317
dar. GmbH Co. KG			1 616	28	167	450	248	219	371	108	14	11	3 078 898
GbR			704	27	186	267	88	66	55	9	1	5	382 604
Gesellschaften m.b.H.			16 414	359	3 188	6 557	2 479	1 692	1 622	330	42	145	12623357
Aktiengesellschaften, KGaA			344	6	37	95	46	44	75	32	7	2	1 394 717
Sonstige Rechtsformen			567	60	246	163	32	25	29	7	2	3	322 344
nach dem Alter der Unternehmen													
Unter 8 Jahre alt			15 926	476	4 301	6 858	2 002	1 088	895	179	26	101	7 713 733
dar. bis 3 Jahre alt			7 747	298	2 474	3 292	835	433	297	67	10	41	3 265 904
8 Jahre und älter			11 686	163	1 611	4 129	2 119	1 557	1 634	342	41	90	12304702
Unbekannt			9 231	426	2 601	4 044	1 056	598	392	52	5	57	2 776 730
Übrige Schuldner													
Zusammen			99 711	3 536	55802	30114	5 371	2 331	1 481	162	15	899	13119279
Natürl. Pers. als Gesellschafter u.Ä..			3 446	201	890	1 353	416	234	228	44	4	76	1 531 976
Ehemals selbständig Tätige 2)			19 919	501	5 446	9 518	2 365	1 153	669	70	7	190	5 154 576
Ehemals selbständig Tätige 3)			4 818	38	1 989	1 879	470	238	177	13	-	14	1 039 996
Verbraucher			68 898	2 294	46389	16723	1 944	615	316	19	2	596	4 731 218
Nachlässe			2 630	502	1 088	641	176	91	91	16	2	23	661 513

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

2) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind.

3) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

10 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Alter, Antragsstellern,
Gründe der Eröffnung, Art der Verwaltung nach Rechtsformen
Jahr 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Einzel- unter- nehmen, Freie Berufe, Kleinge- werbe u.Ä	Personen- gesellschaften		Kapital- gesellschaften		Sonstige Rechts- formen	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
				Ins- gesamt	dar.: GmbH Co. KG	GmbH	AG, KGaA		
									1000 EURO
A-K, M-O	Insgesamt.....	36 843	16 774	2 744	1 616	16 414	344	567	22 795 165
nach Wirtschaftsbereichen									
A	Land- u. Forstwirtschaft	620	436	42	15	132	1	9	273 477
B	Fischerei u. Fischzucht	9	5	2	2	1	-	1	5 165
C	Bergb. u. Gewinn. v. Stein u. Erden	24	1	8	8	15	-	-	30 000
D	Verarbeitendes Gewerbe	3 507	992	428	310	2 025	46	16	3 799 555
E	Energie u. Wasserversorgung	25	-	7	6	16	2	-	28 848
F	Baugewerbe	7 829	3 555	540	308	3 644	24	66	2 804 553
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	7 522	3 473	560	341	3 406	34	49	3 830 870
H	Gastgewerbe	3 175	2 424	165	53	568	3	15	670 584
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2 530	1 487	174	81	815	13	41	748 746
J	Kredit u. Versicherungsgewerbe	529	366	17	6	121	18	7	1 188 440
K	Grundst., Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen usw.	8 271	2 440	656	428	4 896	189	90	8 221 643
M	Erziehung u. Unterricht	275	116	5	3	129	3	22	135 989
N	Gesundh., Veterinär- u. Sozialwesen	695	458	32	14	133	1	71	386 817
O	Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	1 832	1 021	108	41	513	10	180	670 477
nach dem Alter der Unternehmen									
	Unter 8 Jahre alt	15 926	5 475	1 356	779	8 598	270	227	7 713 733
	dar. bis 3 Jahre alt	7 747	2 781	672	381	4 058	84	152	3 265 904
	8 Jahre und älter	11 686	3 176	1 102	755	7 134	61	213	12 304 702
	Unbekannt	9 231	8 123	286	82	682	13	127	2 776 730
nach Antragsstellern									
	Gläubigern	9 679	5 110	701	280	3 605	66	197	3 094 536
	Schuldnern	27 164	11 664	2 043	1 336	12 809	278	370	19 700 629
nach Eröffnungsgründen									
	Zahlungsunfähigkeit	26 315	16 700	1 693	690	7 441	134	347	11 954 790
	Drohende Zahlungsunfähigkeit	223	74	28	19	118	1	2	150 326
	Überschuldung	399	X	45	33	327	12	15	312 484
	Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung ...	9 795	X	968	866	8 447	197	183	10 332 013
	Droh. Zahlungsunfähigkeit u. Überschuld.	109	X	8	8	81	-	20	45 213
nach Anordnung der Eigenverwaltung									
	Angeordnete Eigenverwaltung.....	147	42	22	15	78	1	4	231 987

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

11 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter
nach Beschäftigtengrößenklassen
Jahr 2005

Jan 2005

Nr. der Klassi- fika- tion 1)	Wirtschaftsbereich Rechtsform Alter	Unternehmen mit ... Beschäftigten							Be- schäftigte	
		Ins- gesamt	keinem	1	2-5	6-10	11-100	101 und mehr		unbe- kannt
Anzahl										
A-K, Insgesamt.....		36 843	16 671	3 896	5 534	2 141	2 981	190	5 430	168 219
M-O										
		nach Wirtschaftsbereichen								
A	Land- u. Forstwirtschaft	620	303	70	107	26	30	-	84	1 340
B	Fischerei u. Fischzucht	9	7	-	-	-	-	-	2	-
C	Bergbau u. Gewinn. v. Stein u. Erden .	24	9	2	4	2	5	-	2	184
D	Verarbeitendes Gewerbe	3 507	1 091	255	606	364	726	87	378	47 396
E	Energie u. Wasserversorgung	25	11	3	4	-	1	3	3	767
F	Baugewerbe	7 829	3 223	794	1 332	616	684	14	1 166	32 484
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	7 522	3 497	882	1 196	415	508	23	1 001	32 670
H	Gastgewerbe	3 175	1 542	357	516	119	145	2	494	5 957
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ...	2 530	1 131	230	442	158	238	14	317	11 472
J	Kredit u. Versicherungsgewerbe	529	338	42	28	7	7	-	107	295
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen usw.	8 271	4 296	978	864	297	413	34	1 389	24 662
M	Erziehung u. Unterricht	275	119	35	39	11	27	2	42	1 370
N	Gesundh.-, Veterinär- u. Sozialwesen .	695	248	63	143	46	91	7	97	4 992
O	Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	1 832	856	185	253	80	106	4	348	4 630
		nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe u. Ä.	16 774	8 956	1 786	2 356	625	482	7	2 562	24 281
	Personengesellsch. (OHG, KG, GbR)	2 744	970	225	394	215	482	48	410	34 737
	dar. GmbH Co. KG	1 616	524	116	200	134	381	41	220	29 498
	GbR	704	306	80	114	40	34	2	128	1 932
	Gesellschaften m.b.H.	16 414	6 407	1 788	2 681	1 262	1 893	117	2 266	97 741
	Aktiengesellschaften, KGaA	344	125	36	37	20	60	15	51	9 029
	Sonstige Rechtsformen	567	213	61	66	19	64	3	141	2 431
		nach dem Alter der Unternehmen								
	Unter 8 Jahre alt	15 926	7 282	1 857	2 594	978	1 142	65	2 008	61 730
	dar. bis 3 Jahre alt	7 747	3 463	887	1 343	496	547	30	981	30 600
	8 Jahre und älter	11 686	4 651	1 222	1 850	877	1 602	118	1 366	94 166
	Unbekannt	9 231	4 738	817	1 090	286	237	7	2 056	12 323

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.